



Bundesministerium
der Finanzen



F a c h b l i c k

Haushalt

Schuldenbericht 2003

Ausgabe 2003

Schuldenbericht 2003

Ausgabe 2003

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	- 3 -
2. Kreditmanagement des Bundes.....	- 4 -
2.1 Rechtsgrundlage und beteiligte Institutionen	- 4 -
2.2 Verfahren und Instrumente der Kreditaufnahme.....	- 5 -
2.2.1 Tendersverfahren	- 6 -
2.2.2 Daueremissionen	- 7 -
2.2.3 Markt- und Kurspflege	- 7 -
2.2.4 Weitere Instrumente am Kapitalmarkt	- 8 -
2.2.5 Kassenkredite	- 9 -
3. Makroökonomisches Umfeld im Jahr 2003	- 10 -
3.1 Kurzer Überblick über die Wirtschaftssituation im Allgemeinen	- 10 -
3.1.1 Euroland	- 10 -
3.1.2 Vereinigte Staaten von Amerika	- 14 -
3.2 Marktentwicklung.....	- 17 -
4. Entwicklung der Verschuldung.....	- 18 -
4.1 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsdefizit des Bundeshaushalts	- 18 -
4.2 Bruttokreditaufnahme und Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen im	
Jahr 2003	- 19 -
4.3 Markt- und Kurspflege bei Bundeswertpapieren.....	- 22 -
4.4 Entstehung und Tilgung von Finanzschulden von Bund und Sondervermögen.....	- 23 -
4.5 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen	- 24 -
4.5.1 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Geschäftsarten.....	- 24 -
4.5.2 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Ursprungslaufzeiten	- 29 -
4.5.3 Finanzschulden von Bund und seiner Sondervermögen nach Restlaufzeiten	- 30 -
4.6 Zinsausgaben und Einnahmen des Bundes und seiner Sondervermögen im Jahr 2003..	- 31 -
4.7 Emissionsrenditen im Jahr 2003.....	- 34 -
4.8 Durchschnittliche Restlaufzeit der umlaufenden Bundesschuld	- 37 -
4.9 Kassenkredite/Kassenanlagen	- 37 -
5. Abrechnung der Kreditermächtigung.....	- 38 -
6. Kreditmanagement	- 39 -
6.1 Steuerung und Kontrolle.....	- 39 -
6.2 Geschäftsverlauf.....	- 40 -
7. Anhang.....	- 43 -
7.1 Übersicht „Bundeswertpapiere auf einen Blick“	
7.2 Rangliste der Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen 2003	
7.3 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen der Jahre 2000 bis 2003	
7.4 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Ursprungslaufzeiten zum 31.12.2003	
7.5 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Restlaufzeiten zum 31.12.2003	
7.6 Schuldenstand und durchschnittliche Restlaufzeit der Jahre 2000 bis 2003	
7.7 Statistik der Bundesschuld per 31.12.2003	
7.8 Veränderung der Schuldenstände Insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen in den Jahren 1990 bis 2003	
7.9 Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2003 zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendeten Einnahmen sowie die Schuldenübernahme durch die Telekom	

1. Vorwort

Mit der Einführung des Euros wurde der Wettbewerb zwischen den Staaten der Währungsunion im Hinblick auf die Finanzierung der Haushalte verstärkt. Vor diesem Hintergrund wurde die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH im Herbst 2000 gegründet. Die Finanzagentur nimmt im Namen und für Rechnung des Bundes Kredite zur Finanzierung des Bundeshaushalts auf. Ihr Hauptziel ist, Zinskostensparnisse zu erwirtschaften. Dabei prüft und analysiert sie auch im Rahmen finanztheoretischer Modelle, wie die Verschuldungsstruktur bei begrenztem Risiko optimiert werden kann.

Transparenz ist ein wesentliches Merkmal der Kreditbeschaffung des Staates. Neben den Daten zum Verlauf des Schuldenmanagements, über die man sich auch auf dem neu geschaffenen Webportal für Bundeswertpapiere informieren kann (www.bundeswertpapiere.com), werden dem Markt mittels der Jahresvorschau für Emissionen von Bundeswertpapieren und der vierteljährlichen Emissionskalender auch Informationen über die geplante Kreditaufnahme zugänglich gemacht.

Beim traditionellen Emissionsverfahren in Form von Tendern für den überwiegenden Teil der Kreditaufnahme konnten beste Konditionen vereinbart werden, was sich günstig auf die Zinsausgaben auswirkt.

Die Arbeiten des Referates zur „Steuerung und Kontrolle des Schuldenwesens“ im Bundesministerium der Finanzen und der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH sind darauf gerichtet, auch zukünftig marktschonend die notwendige Liquidität zu besten Konditionen zu sichern. Dazu werden die traditionellen Instrumente der Daueremissionen gestärkt. Um weitere Zinskostensenkungen des Bundes zu erreichen werden stetig Untersuchungen zum Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente durchgeführt. Das Schuldenmanagement und die technische Basis werden fortlaufend auf den neuesten Stand gebracht.

Der Schuldenbericht soll helfen, das Verständnis rund um die Kreditaufnahme des Staates zu verbessern. Dem Bericht sind umfangreiche finanzwirtschaftliche Übersichten und Tabellen beigelegt, die wertvolle Informationen über das Schuldenmanagement des Bundes enthalten.

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen der Zahlen.

2. Kreditmanagement des Bundes

2.1 Rechtsgrundlage und beteiligte Institutionen

Das Kreditmanagement des Bundes wird vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) wahrgenommen. Die Befugnisse des Ministeriums sind im Grundgesetz, im Haushaltsgrundsätzegesetz, in der Bundeshaushaltsordnung und im jeweiligen Haushaltsgesetz geregelt.

Die parlamentarische Kontrolle des Kreditmanagements erfolgt durch den gemäß § 4a Bundeswertpapierverwaltungsgesetz (BWpVwG) eingerichteten Unterausschuss des Haushaltsausschusses („Gremium zu Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes“). Das Gremium ist auf interfraktionellen Antrag des Deutschen Bundestages am 5. Dezember 2002 eingesetzt worden. Dem Gremium gehörten Ende 2003 die nachfolgenden neun Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages an:

Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Steffen Kampeter	Vorsitzender
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Walter Schöler	stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Bernhard Brinkmann	(Hildesheim)
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Dr. Heinz Köhler	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Gunter Weißgerber	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Bartholomäus Kalb	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Klaus-Peter Willsch	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Antje Hermenau	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Abg. Dr. Günter Rexrodt	

Die operative Kreditaufnahme des Bundes wird von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) im Auftrag des BMF durchgeführt.

Die Finanzagentur, die sich zu 100 % im Besitz des Bundes befindet, wurde mit Gesellschaftervertrag vom 13. September 2000 gegründet. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme durch Schuldscheindarlehen, dem Einsatz derivativer Finanzinstrumente sowie den Geldmarktgeschäften (Aufnahme und Anlage) zum Ausgleich des Kontos des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Nach § 13 BWpVwG ist die Finanzagentur ermächtigt, die für das Kreditmanagement des Bundes erforderlichen Finanzierungsinstrumente zu begeben und zu

veräußern. Aus diesen Geschäften werden gemäß § 6 Abs. 4 BWpVwG ausschließlich der Bund oder seine Sondervermögen berechtigt und verpflichtet.

Mit dem BWpVwG, das am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist, wurden die Rechtsgrundlagen der ehemaligen Bundesschuldenverwaltung neu geordnet. Sie erhielt mit der Bezeichnung „Bundeswertpapierverwaltung“ einen neuen Namen, ihre Aufgaben ergeben sich aus § 2 BWpVwG. Danach ist sie zuständig für die Beurkundung der Bundesschuld, die Ausführung der Zins- und Tilgungsleistungen für bestehende Schulden, die Führung des Bundesschuldbuches und der damit zusammenhängenden Datenerhebung und Unterrichtung des BMF.

Die Deutsche Bundesbank, deren grundsätzliche Aufgaben und Stellung im Bundesbankgesetz geregelt sind, unterstützt das BMF in der Wahrnehmung von Aufgaben des Kreditmanagements. So führt sie den Parketthandel im Rahmen der Markt- und Kurspflege für Bundeswertpapiere durch oder stellt die technische Plattform für die Durchführung der Tender bei der Kreditaufnahme zur Verfügung.

2.2 Verfahren und Instrumente der Kreditaufnahme

Die Kreditaufnahme der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen erfolgt in der Form von Haushalts- und Kassenkrediten, die im jährlichen Haushaltsgesetz festgelegt werden. Darüber hinaus kann die Bundesrepublik Deutschland ergänzende Verträge zur Optimierung der Zinsstruktur und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken abschließen. Der überwiegende Teil des Kreditbedarfs des Bundes und seiner Sondervermögen wird durch die Emission von Wertpapieren gedeckt. Dabei bedient sich der Bund unterschiedlicher Instrumente und Platzierungsverfahren in Abhängigkeit davon, ob die Zielgruppe institutionelle Investoren sind oder Privatpersonen.

Die Emittenten sind die Bundesrepublik Deutschland und die Sondervermögen, wobei seit 1995 nur noch der Bund direkt als Emittent auftrat. Die Sondervermögen decken ihren Finanzierungsbedarf vorwiegend durch Emissionen des Bundes, wofür im jeweiligen Haushaltsgesetz Ermächtigungen zur gemeinsamen Kreditaufnahme erteilt worden sind.

Durch Gesetz über die Eingliederung der Schulden von Sondervermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999 sind die Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens und des Ausgleichsfonds Steinkohle vom Bund als Mitschuldner übernommen worden. Der Fonds „Deutsche Einheit“, der keine Neuverschuldung mehr verursacht, ist ein reines Abwicklungsvermögen. Nur das ERP-Sondervermögen und der Entschädigungsfonds bewirken

außerhalb des Bundeshaushaltes eine Neuverschuldung, die im jährlichen ERP-Wirtschaftsplangesetz bzw. im Entschädigungs- und Lastenausgleichsgesetz festgelegt sind.

Im Rahmen der Haushaltskreditaufnahme begibt der Bund börsennotierte Bundeswertpapiere wie Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen sowie marktgängige Unverzinsliche Schatzanweisungen (s. Übersicht im Anhang Ziff. 7.1). Diese auch als Einmalemissionen bezeichneten Bundeswertpapiere, die sich an institutionelle Investoren richten, werden im Tenderverfahren versteigert. Zurückbehaltene Eigenbestände dienen gemeinsam mit angekauften Beständen der Markt- und Kurspflege.

Ferner emittiert der Bund Daueremissionen, die ständig angeboten werden und vorwiegend an Privatpersonen verkauft werden. Hier handelt es sich um die 1- und 2-jährigen Finanzierungsschätze, die Bundesschatzbriefe vom Typ A und B und die Bundesobligationen (nur bis Februar 2003). Neben den hierzu im Schuldenbericht enthaltenen Angaben sind weiterführende Informationen auch im Tätigkeitsbericht der Bundeswertpapierverwaltung enthalten.

2.2.1 Tenderverfahren

Die Finanzagentur bietet im Auftrag und für Rechnung des Bundes Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen und Unverzinsliche Schatzanweisungen (U-Schätze oder auch Bubills genannt) im Tenderverfahren an.

Dabei handelt es sich um ein Ausschreibungs- und Bietungsverfahren, an dem sich unmittelbar nur Mitglieder der so genannten „Bietergruppe Bundesemissionen“ beteiligen können. Mitglied dieser Gruppe können alle gebietsansässigen Kreditinstitute, Wertpapierhandelsunternehmen und Wertpapierhandelsbanken (im Sinne der einschlägigen Bestimmungen des Kreditwesengesetzes [KWG]) werden. Eine Bewerbung um Aufnahme in die Bietergruppe ist jederzeit möglich.

Von jedem Mitglied der „Bietergruppe Bundesemissionen“ wird erwartet, dass es mindestens 0,05 Prozent der in einem Kalenderjahr in den Tendern insgesamt zugeteilten und laufzeitabhängig gewichteten Emissionsbeträge übernimmt. Die anzuwendenden Gewichtungsfaktoren werden durch Pressenotiz und direkte Mitteilung an alle Bieter bekannt gegeben. Für die „Bietergruppe Bundesemissionen“ wird jährlich eine Rangliste der Mitglieder nach der Höhe der Anteile am zugeteilten gewichteten Emissionsvolumen ohne Nennung der Anteilsätze durch Pressenotiz von der Finanzagentur veröffentlicht (für 2003, s. Übersicht im Anhang Ziff. 7.2). Mitglieder, die die

geforderte Mindestübernahme nicht erreichen, scheiden aus der Bietergruppe aus. Eine spätere Wiederaufnahme ist möglich.

Der Vorteil des Tendersverfahrens besteht für den Bund in der sicheren Platzierung, also einem geringen Liquiditätsrisiko, und den Auktionen immanent günstigen Finanzierungskosten. Im Tendersverfahren werden Bundesanleihen mit 10- und 30-jähriger, Bundesobligationen mit 5-jähriger und Bundesschatzanweisungen mit 2-jähriger Laufzeit begeben. Diese Wertpapiere haben ausnahmslos einen Kupon mit einem festen Zinssatz und jährlicher Zinszahlung. Daneben werden U-Schätze mit 6-monatiger Laufzeit begeben. Die U-Schätze sind Diskontpapiere. Die Zinszahlung erfolgt in der Weise, dass der Nennbetrag um den Betrag der am Laufzeitende fälligen Zinsen vermindert ausgegeben und am Fälligkeitstag zum vollen Nennbetrag zurückgezahlt wird.

Vor Beginn des Jahres werden alle Einmalemissionen des Bundes dem Markt in einer Jahresvorausschau und durch den vierteljährlichen Emissionskalender bekannt gegeben. Der Bund präsentiert sich so als verlässlicher Emittent und wettbewerbsneutraler Teilnehmer am Markt und verspricht sich von dieser Vorgehensweise auch Kostenvorteile.

2.2.2 Daueremissionen

Als Daueremissionen wurden Bundesschatzbriefe, Finanzierungsschätze und Bundesobligationen (nur bis Februar 2003) ausgegeben.

Bundesschatzbriefe können von natürlichen Personen sowie von gebietsansässigen Einrichtungen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, erworben werden. Finanzierungsschätze können von jedermann erworben werden, ausgenommen von Kreditinstituten.

Daueremissionen werden ständig zu jeweils aktuellen von der Finanzagentur festgelegten marktgerechten Konditionen zum Verkauf angeboten.

2.2.3 Markt- und Kurspflege

Die Finanzagentur führt den größten Teil der Markt- und Kurspflegegeschäfte in börsennotierten Bundeswertpapieren durch. Ein geringerer Anteil dieser Geschäfte wird in enger Abstimmung mit der Finanzagentur von der Deutschen Bundesbank abgewickelt.

Die Finanzagentur bedient sich für ihren Bereich der Markt- und Kurspflege einer elektronischen Handelsplattform. Hauptzweck der gemeinsamen Aktivitäten von Finanzagentur und Deutsche Bundesbank ist, die Handelbarkeit von Bundeswertpapieren jederzeit zu marktgerechten Preisen sicherzustellen und für deren notwendige Liquidität zu sorgen.

2.2.4 Weitere Instrumente am Kapitalmarkt

Zur Kreditaufnahme und der aktiven Bewirtschaftung des Schuldenbestandes werden weitere Kapitalmarktinstrumente eingesetzt.

Hier sind zunächst die Schuldscheindarlehen des Bundes zu nennen. Dabei handelt es sich um Kredite, die gegen Ausstellung von Schuldscheinen gewährt werden. Schuldscheine sind keine Wertpapiere, sondern lediglich Beweisurkunden, die nicht an der Börse gehandelt werden können. Die Bedeutung von Schuldscheinen als Finanzierungsinstrument ist im Jahr 2003 gegenüber den vorangegangenen Jahren deutlich gewachsen. Insbesondere wurden langlaufende Schuldscheindarlehen bei deutschen Versicherungsunternehmen platziert. Sämtliche in 2003 begebenen Schuldscheine waren mit einem niedrigeren Zinssatz als Bundeswertpapiere mit vergleichbarer Laufzeit ausgestattet.

Die vom Bund gehaltenen Eigenbestände in handelbaren Bundeswertpapieren werden auch zur Erwirtschaftung von Zusatzerträgen durch Wertpapierleihegeschäfte verwendet. Bei einer Wertpapierleihe findet im Gegensatz zu einem Wertpapierpensionsgeschäft weder bei Beginn des Geschäfts noch bei dessen Ende ein effektiver Kauf oder Verkauf von Wertpapieren statt. Der Entleiher verpflichtet sich, die entliehenen Stücke nach Ablauf des Vertrages an den Verleiher zurückzuübertragen. Für die Überlassung der Wertpapiere erhält der Verleiher vom Entleiher die Leihgebühr.

Zur Steuerung des Schuldenportfolios werden von der Finanzagentur Zinsswapgeschäfte eingesetzt. Durch Zinsswaps kann der Bund die Zinsbindungsfristen im Schuldenportfolio tauschen, ohne eine Änderung bei der Begebung der Kreditinstrumente vorzunehmen. Hierzu erarbeitet die Finanzagentur Vorschläge, die auf der Grundlage einer mit dem BMF abgestimmten strategischen Vorgehensweise zur Verkürzung oder Verlängerung der Zinsbindungsfrist des Gesamtportfolios führen.

Der Bund setzt gegenwärtig Zinsswaps ein, die jeweils eine geldmarktnahe (i.d.R. 6 Monate) und eine kapitalmarktnahe (2 bis 30 Jahre) Zinsbindung haben.

2.2.5 Kassenkredite

Der Bund ist gesetzlich ermächtigt, kurzfristige Mittel zur Kassenverstärkung bis zu einer Höhe von jeweils 10 % des Haushaltsvolumens über Geldmarktkredite und über Wertpapierpensionsgeschäfte aufzunehmen.

Kredite am Geldmarkt werden in Form von Tagesgeld oder Termingeld aufgenommen, wobei das Tagesgeld dominiert. Ende 2003 unterhielt hierzu der Bund Geschäftsbeziehungen zu 74 Kontrahenten, davon 52 in- und ausländische Geschäftsbanken, 16 Finanzministerien der Bundesländer und Finanzministerien bzw. Finanzierungsagenturen von 6 EU-Staaten.

Kassenkredite des Bundes können aber auch in der Form von Wertpapierpensionsgeschäften aufgenommen werden. Ein Wertpapierpensionsgeschäft ist der Verkauf eines Wertpapiers bei gleichzeitiger Verpflichtung des Verkäufers, Wertpapiere gleicher Art und Menge zu einem zukünftigen Zeitpunkt zurückzukaufen, wobei Rückkaufpreis und Zeitpunkt bei Vertragsschluss bereits festgelegt sind. Ein Wertpapierpensionsgeschäft entspricht wirtschaftlich einem mit Wertpapieren besicherten Kredit. Weil die Kreditaufnahme des Bundes durch Wertpapierpensionsgeschäfte mit Sicherheiten unterlegt ist, kann der Bund einen Kostenvorteil gegenüber einer unbesicherten Kreditaufnahme am Geldmarkt erzielen. Die Sicherheitsleistung wird durch im Eigenbestand des Bundes befindliche Bundeswertpapiere erbracht. Diese 2002 eingeführte Geschäftsart führt die Finanzagentur über ein elektronisches Handelssystem durch.

3. Makroökonomisches Umfeld im Jahr 2003

3.1 Kurzer Überblick über die Wirtschaftssituation im Allgemeinen

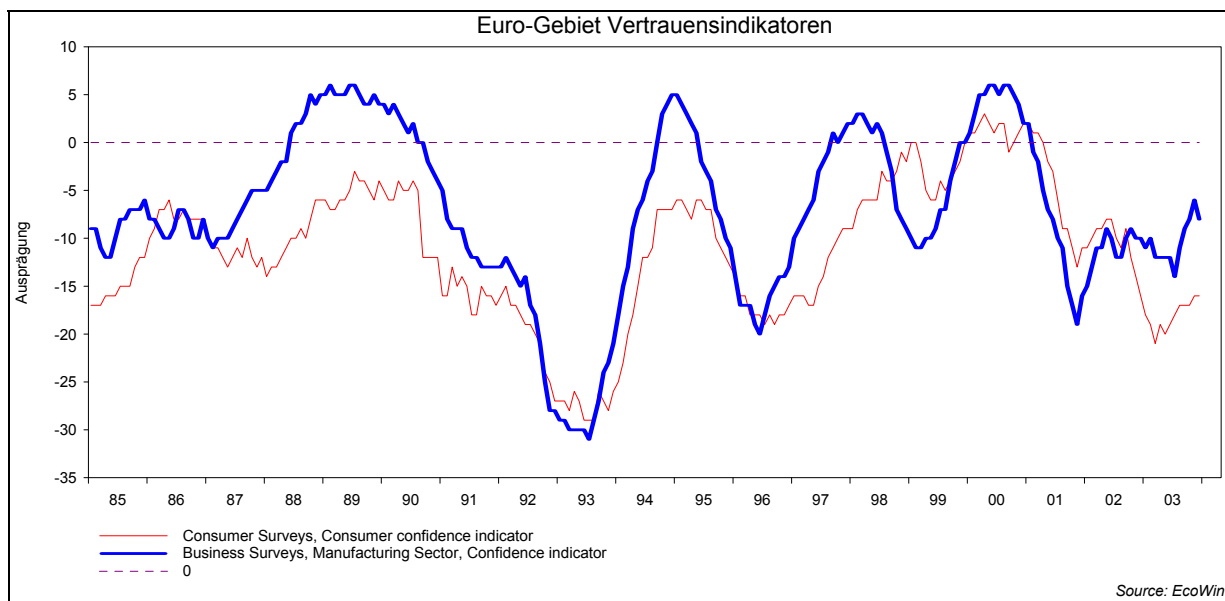
3.1.1 Euroland

Nach einem durch die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg negativ beeinflussten schwachen ersten Halbjahr 2003 kam das Wirtschaftswachstum im Euro-Gebiet im zweiten Halbjahr 2003 nur langsam wieder in Fahrt. Dabei zeigte sich erneut die Abhängigkeit der Euro-Staaten von der internationalen Nachfrage nach europäischen Exporten. Der dank einer Besserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kräftige Außenhandelsüberschuss konnte im III. Quartal 2003 die schwache inländische Nachfrage mehr als ausgleichen. Speziell die seit Jahresbeginn rückläufige Investitionstätigkeit stellte einen Wermutstropfen in der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes des Euro-Gebietes dar. Ab dem Sommer verbesserten sich die Vertrauensindikatoren, wobei die Perspektiven für die Beschäftigung weiterhin negativ bewertet wurden.

Das Verbrauchervertrauen im Euro-Gebiet konnte sich nach dem schnellen Abschluss der Kriegsaktivitäten bis zum Jahresende 2003 wieder leicht erholen (s. Abbildung 1). Belastend wirkten weiterhin die hohen Arbeitslosenzahlen. Die französischen, italienischen und spanischen Verbraucher ließen sich durch diese negativen Aspekte nicht in ihrer Kauflust beeinflussen und konsumierten im Gegensatz zu den deutschen privaten Haushalten weiterhin kräftig. Ab dem IV. Quartal 2003 deutete sich eine Fortsetzung des Wirtschaftswachstums an. Sowohl die Industrieproduktion konnte zulegen als auch die Auslandsbestellungen, die trotz der Euro-Aufwertung dank einer sich belebenden US-Wirtschaft wuchsen.

Für 2004 prognostizierten die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten des Jahres 2003 ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes um 1,7 %, von dem allerdings circa ein Drittel auf die erhöhte Anzahl von Arbeitstagen im Vergleich zum Vorjahr zurückgeführt wurde.

Abbildung 1



In 2003 lag die jährliche Wachstumsrate der Konsumentenpreise für das Euro-Gebiet meist leicht oberhalb der von der Europäischen Zentralbank festgesetzten Grenze von 2 % und erreichte im Dezember 2,0 %. Die Spanne zwischen den Inflationsraten in den einzelnen Euro-Staaten betrug zum Jahresende 2 %, während im Frühjahr noch beachtliche 3,3 % gemessen wurden. Deutschlands Teuerung lag dabei am unteren Rand. In Frankreich beeinflusste eine Sonderkomponente (Erhöhung der Tabaksteuer in mehreren Stufen) die Inflationsrate sehr stark.

Der Anstieg der Produzentenpreise verringerte sich vom Höchststand im Februar (2,7 % Jahressteigerungsrate) auf 1,0 % im Dezember. Unterstützend wirkte die mit der Aufwertung des Euro verbundene Verringerung der Importpreise. Bei Nichtbeachtung der volatilen Energiekomponente lag die Preissteigerungsrate wesentlich niedriger. In Deutschland war die Differenz zwischen der Entwicklung der Produzentenpreise und ihrer Kernrate (d.h. Erzeugerpreise ohne Energie) aufgrund der zum 1. Januar 2003 eingeführten fünften Stufe der Ökologischen Steuerreform mit 1,8 % auffallend groß.

Zu Jahresbeginn 2003 führten die Unsicherheiten bezüglich des Irak-Konfliktes sowie streikbedingte Förderausfälle in Venezuela zu steigenden Rohölpreisen. Mitte März sanken auch die Preise für die Nordseesorte Brent-Rohöl rapide bis auf 24 USD/Barrel (s. Abbildung 2). Bis zum Jahresende erholten sich die Rohölpreise wieder. Der Euro wertete seit Jahresbeginn 2002 um über 20 % gegenüber dem US-Dollar auf und lag zum Jahresresultimo etwas über 1,25 US-Dollar (s. Abbildung 3).

Die Gründe für die Abwertung der amerikanischen Währung lagen einerseits in der Differenz der Leitzinsen zwischen den USA und dem Euro-Gebiet sowie in dem hohen Leistungsbilanzdefizit der USA und der steigenden Neuverschuldung des US-Haushalts.

Der DAX konnte nach seinem Tiefstand Mitte März von 2200 Punkten eine deutliche Erholung bis auf knapp unter 4000 Punkten am 30. Dezember 2003 vorweisen. Auch Gold erreichte Jahreshöchststände (s. Abbildung 4).

Abbildung 2

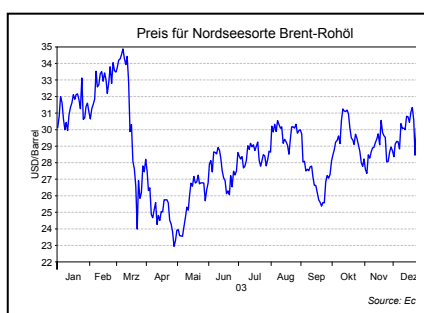


Abbildung 3

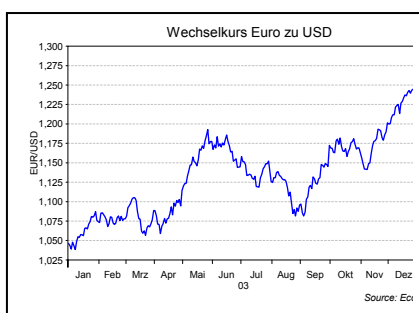
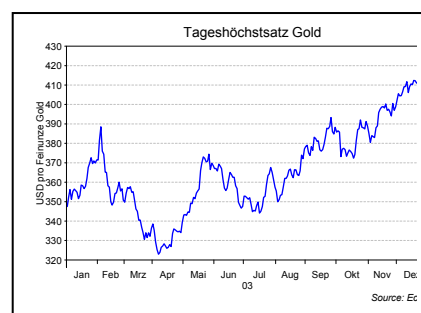


Abbildung 4



Die deutsche Finanzpolitik befand sich im Jahr 2003 in schwierigem Fahrwasser. Die schwierige ökonomische Ausgangslage hat deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Die Bundesregierung musste aufgrund der fast drei Jahre währenden wirtschaftlichen Stagnation sowie der auch im Verlauf des Jahres 2003 deutlich schwächer als erwarteten Konjunktorentwicklung ihr Ziel aufgeben, spätestens 2004 wieder ein gesamtstaatliches Defizit von weniger als 3 % des BIP zu erreichen. Vor diesem Hintergrund wurden die Ziele der deutschen Finanzpolitik neu justiert: neben der Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung wurde ein umfangreiches Strukturreformpaket beschlossen sowie durch das teilweise Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 ein zusätzlicher Wachstumsimpuls gegeben. Die Erfolge bei der Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung wurden jedoch durch die Auswirkungen der wirtschaftlicher Stagnation überlagert, die zu erheblichen Steuerausfällen und Mehrausgaben auf dem Arbeitsmarkt führte. Aufgrund der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts lag die Nettoneuverschuldung 2003 oberhalb der Investitionsausgaben, und auch die 3%-Defizitobergrenze des europäischen Stabilitäts- und Währungspaktes konnte nicht eingehalten werden.

Diese Entwicklung war jedoch nicht auf Deutschland beschränkt. Durch die schwache Konjunktorentwicklung im gesamten Euro-Gebiet gerieten die öffentlichen Haushalte vieler Mitgliedstaaten der Währungsunion zunehmend unter Druck. Im Jahr 2003 lief gegen drei Staaten (Portugal, Deutschland und Frankreich) ein Defizitverfahren nach Art. 104 EG-Vertrag.

Am 15. Oktober 2003 hat die Europäische Kommission im Rahmen des Verfahrens gegen Deutschland Empfehlungen nach Art. 104(8) und (9) EG-Vertrag vorgelegt mit dem Ziel, dass der ECOFIN-Rat die Nichterfüllung der Ratsempfehlungen vom Januar 2003 feststellt und Deutschland unter Verschärfung der Konsolidierungsaufgaben in Verzug setzt. Analoge Empfehlungen hat die Kommission dem Rat auch gegen Frankreich vorgelegt. Der ECOFIN-Rat ist diesen Empfehlungen in seiner Sitzung am 25. November 2003 jedoch nicht gefolgt. Vielmehr hat der Rat nochmals bestätigt, dass Deutschland in Erfüllung der Empfehlungen vom Januar 2003 substantielle Anpassungsmaßnahmen durchgeführt hat. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung im Rahmen der Ratsschlussfolgerungen zu konsequenten Fortsetzungen des Konsolidierungskurses verpflichtet.

Im ersten Halbjahr 2003 senkte die Europäische Zentralbank (EZB) in zwei Stufen die Leitzinsen um insgesamt 75 Basispunkte auf 2 %. Als Hauptgründe wurden die verbesserten Aussichten für die Preisstabilität auf mittlere Sicht und die verschlechterten Perspektiven für die Dynamik des Wirtschaftswachstums im Euro-Gebiet angeführt. Im zweiten Halbjahr wurden die Leitzinsen unverändert auf ihrem historisch niedrigen Niveau belassen. Der geldpolitische Kurs sei - so die Einschätzung der Ratsmitglieder - weiterhin angemessen, um auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sollte die Inflationsrisiken über vorteilhaftere Importpreise zusätzlich in Grenzen halten. Die gegenwärtige Überschussliquidität im Währungsgebiet bietet aktuell in den Augen der Notenbank keinen Anlass zur Besorgnis, könnte jedoch im Falle eines Weiterbestehens bei einer deutlichen Stärkung der wirtschaftlichen Aktivität mittelfristig Inflationsdruck erzeugen.

Im Euro-Währungsgebiet erwartet die EZB eine sich im Jahr 2004 verstärkende Erholung der Konjunktur. Die Exporte sollten dabei weiterhin - trotz der dämpfenden Wirkung der Wechselkursänderungen - von der Belebung der Weltwirtschaft profitieren.

Die EZB überprüfte im Frühjahr 2003 zum ersten Mal seit Bestehen der Zentralbank ihre geldpolitische Strategie und zeigte sich damit zum größten Teil zufrieden. Als Neuerung wurde die ökonomische Analyse der kurz- bis mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität der Untersuchung der Geldmenge zur Bewertung der langfristigen Einflüsse vorangestellt. Zusätzlich wird der Referenzwert für die Geldmenge M3 nicht mehr jährlich überprüft. Darüber hinaus verdeutlichte die EZB durch die Präzisierung der Definition der Preisstabilität - die harmonisierte Teuerungsrate für das Euro-Gebiet soll mittelfristig nahe zwei Prozent liegen -, dass ein angemessener Sicherheitsabstand zu einer deflationären Situation angestrebt wird.

Ende Oktober verabschiedete die EZB ihren ersten Präsidenten Wim Duisenberg nach rund 5 Jahren Amtszeit. Seine Nachfolge trat der Franzose Jean-Claude Trichet an.

Angesichts der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem damit verbundenen sinkenden Inflationsdruck verringerten die Marktteilnehmer für das Jahr 2004 ihre Erwartungen bezüglich Zinserhöhungen durch die EZB. Bis zum Jahresende preisen die Forwardsätze Leitzinserhöhungen im zweiten Halbjahr von 50 Basispunkten ein.

3.1.2 Vereinigte Staaten von Amerika

Die größte Volkswirtschaft der Welt startete verhalten in das Jahr 2003. Die globale politische Unsicherheit dämpfte erheblich das Vertrauen von Industrie und Konsumenten in die Zukunft, was sich in rückläufigen Unternehmensinvestitionen und einem relativ schwachen privaten Verbrauch äußerte. Letzterer wurde vor allem durch den hohen Verschuldungsgrad der Konsumenten belastet. Dennoch gelang es der amerikanischen Wirtschaft, auch unter diesen Umständen ein moderates Wachstum zu generieren.

Zur Jahresmitte, nach Ende der Hauptkampfhandlungen im Irak, zeichnete sich in den Frühindikatoren ein deutliches Anziehen der Wirtschaftsaktivitäten ab. Der Staat griff zusätzlich den Konsumenten mit einem milliarden schweren Konjunkturpaket unter die Arme. Auch die Industrie überwand ihre Schwächephase und begann wieder zu investieren. In der Folge wuchs das Bruttoinlandsprodukt im III. Quartal 2003 mit einer aufs Gesamtjahr hochgerechneten Rate von 8,2 % und damit so schwungvoll wie seit 20 Jahren nicht mehr.

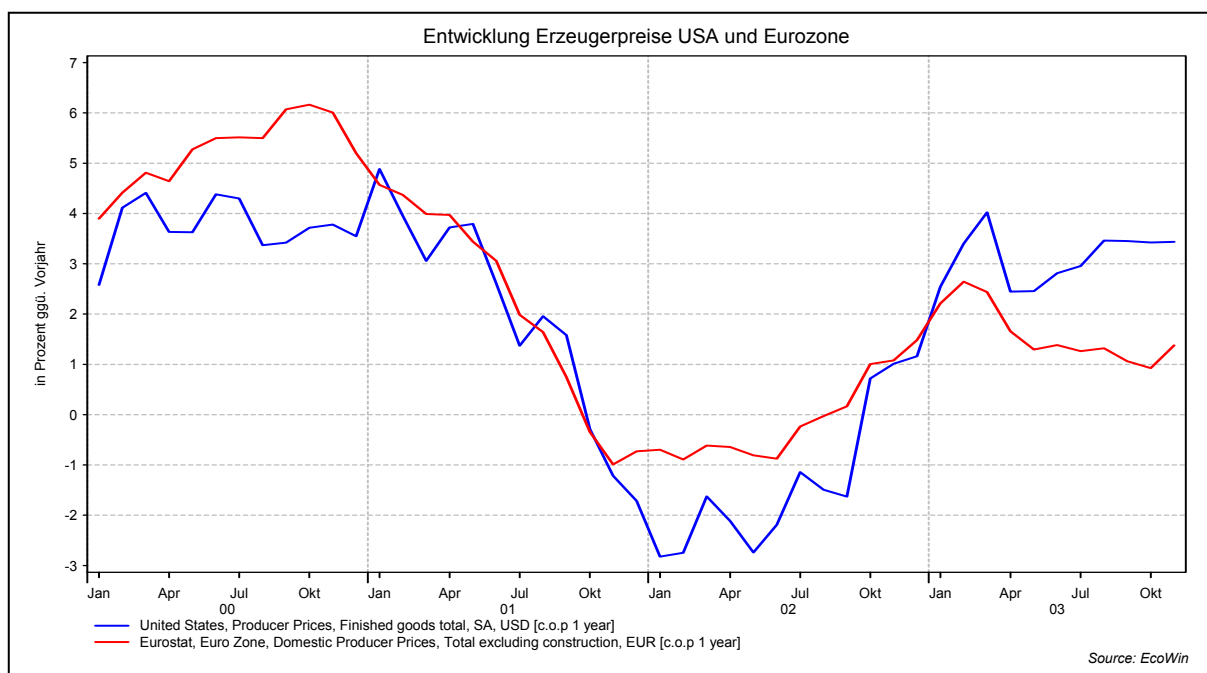
Auch die für das IV. Quartal 2003 vorliegenden Daten bestätigten das Bild einer kräftigen Konjunkturerholung. Zwar ließ die Dynamik der Konsumausgaben durch auslaufende Effekte der expansiven Wirtschaftspolitik etwas nach, jedoch zeichnete sich am Jahresende eine allmähliche Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt ab, was den privaten Verbrauch zukünftig stärken dürfte. Die Arbeitslosenquote sank im November auf 5,9 %, nachdem sie im Juni noch 6,4 % betragen hatte. Die Industrie weitete ihre Produktion zuletzt kräftig aus, bei der Kapazitätsauslastung zeichnet sich ein Wiederanstieg nach den historischen Tiefständen ab.

Unverändert robust zeigte sich das ganze Jahr über der Immobiliensektor in den Vereinigten Staaten. Fast im Monatsrhythmus wurden beim Verkauf neuer Eigenheime Rekordwerte erzielt. Selbst in der ersten Jahreshälfte drängte der Anreiz historisch niedriger Hypothekenzinsen zum Immobilienerwerb berechtigte Sorgen über die persönliche Zukunft angesichts des schwachen Arbeitsmarktes und der zum damaligen Zeitpunkt angespannten weltpolitischen Lage in den Hintergrund. Das Leistungsbilanzdefizit weitete sich im Jahr 2003 abermals kräftig aus. Im Zeitraum Januar bis September 2003 kumulierte sich der Fehlbetrag bereits auf 413 Mrd. USD, so

dass sich ein Überschreiten des bisher höchsten Defizits von 481 Mrd. USD aus dem Jahr 2002 andeutete.

Was die Preisentwicklung betraf, so sorgten am Jahresanfang 2003 gestiegene Energiepreise im Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Lage im Irak für einen deutlichen Anstieg der jährlichen Teuerungsrate. Das Ende des Irak-Krieges sorgte zunächst für einen kräftigen Preissturz an den internationalen Rohölmärkten und damit für einen spürbaren Rückgang der Jahresteuerung. Seitdem pendelte die jährliche Inflationsrate um die Marke von 2,0 % trotz wieder gestiegener Ölnotierungen. Die sog. Kerninflationsrate, welche die volatilen Komponenten Nahrungsmittel und Energie ausschließt, ging im Jahr 2003 weiter zurück und fiel zuletzt auf ein Niveau von 1,1 % verglichen mit dem Vorjahr. Der bereits seit Ende 2001 anhaltende Rückgang der Kerninflationsrate veranlasste die amerikanische Notenbank im Mai 2003, vor den Risiken einer weiter sinkenden Inflation zu warnen. Die daraufhin an den Märkten heiß geführte Deflationsdebatte ließ die Rendite für 10-jährige amerikanische Treasuries im Juni 2003 bis auf nur noch knapp über 3 % sinken. Die Erzeugerpreise lagen in 2003 im Durchschnitt um 3,1 % über dem Vorjahr (s. Abbildung 5). Preissteigernd wirkten sich insbesondere die gestiegenen Rohstoffpreise aus. Nach einer dreijährigen Baisse erholten sich die Aktienkurse an den US-Börsen im vergangenen Jahr kräftig. So stieg der Index der Technologiebörse Nasdaq um fast 50 %, der Dow Jones rückte um 25 % vor.

Abbildung 5



Der Offenmarktausschuss der amerikanischen Notenbank (Fed) änderte die Leitzinsen im Jahr 2003 nur ein einziges Mal. Im Juni 2003 beschloss er, die Zielgröße für die Federal Funds Rate um weitere 25 Basispunkte auf ein Niveau von nur noch 1,0 % zu senken, was das niedrigste Zinsniveau seit 45 Jahren darstellt. Die Fed begründete ihre damalige Entscheidung mit der höheren Wahrscheinlichkeit einer gefährlichen Deflation als der einer Inflation. Im weiteren Jahresverlauf betonten die Währungshüter, dass sie trotz der Erholung der amerikanischen Wirtschaft bereit seien, aufgrund des anhaltend geringen Preisdrucks für eine „beträchtliche Zeit“ an dem Kurs einer lockeren Geldpolitik festzuhalten.

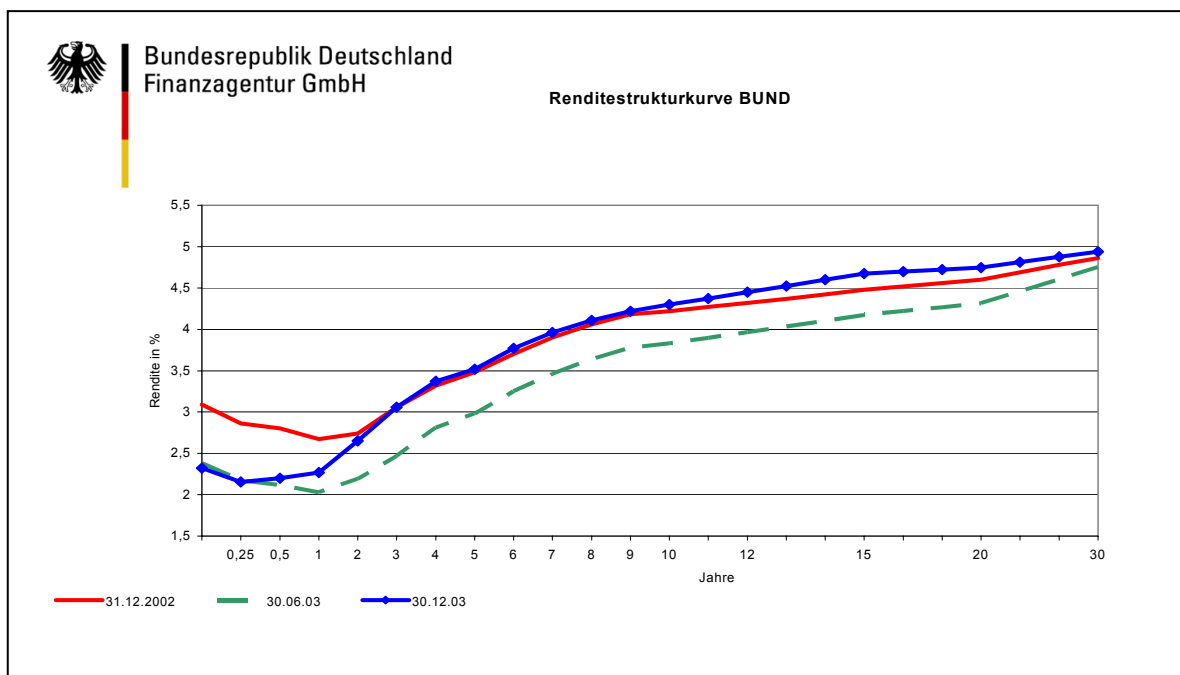
Die Haushaltssituation der Vereinigten Staaten verschlechterte sich im Jahr 2003 abermals. So bescherte das am 30. September 2003 zu Ende gegangene Fiskaljahr den USA das nominal höchste Budgetdefizit ihrer Geschichte. Ein Fehlbetrag von 374 Mrd. USD übertraf deutlich das bisherige Rekorddefizit von 290 Mrd. USD aus dem Jahre 1992. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt kletterte das Haushaltsdefizit auf 3,5 %. Dies ist der höchste Wert seit 1993. Zurückgehende Steuereinnahmen, steigende Verteidigungsausgaben sowie schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme lassen sich als Ursache des Fehlbetrags anführen. Für das nächste Haushaltsjahr bewegen sich aktuelle Defizitprognosen zwischen 450 und 500 Mrd. USD.

3.2 Marktentwicklung

Im Jahresverlauf 2003 versteilerte sich die Renditestrukturkurve des Bundes. Der Rückgang der Renditen in den kurzen Laufzeitbereichen stand im Zusammenhang mit den Leitzinssenkungen der EZB im ersten Halbjahr.

Die im Jahresverlauf unter der Deflationsdebatte und der Wachstumsschwäche leidenden Renditen für Anleihen erholten sich bis zum Jahresende und lagen per 30. Dezember 2003 wieder ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres.

Abbildung 6



4. Entwicklung der Verschuldung

4.1 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsdefizit des Bundeshaushalts

Bei Einnahmen von insgesamt 217,5 Mrd. € (darunter Steuereinnahmen von 191,9 Mrd. €) und Ausgaben von 256,7 Mrd. € ergibt sich für das Jahr 2003 ein Finanzierungssaldo in Höhe von 39,2 Mrd. €. Die Ausgabenseite ist gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Mrd. € (+ 3 %) höher ausgefallen, während die Einnahmen lediglich um 0,9 Mrd. € (+ 0,4 %) gestiegen sind. Das Finanzierungsdefizit ist im Jahr 2003 folglich um 6,5 Mrd. € höher als in 2002 (Entwicklung der letzten 5 Jahre, vgl. Tabelle 1).

Gegenüber dem ursprünglichen im Haushaltsgesetz für das Jahr 2003 geplanten Soll blieben die Einnahmen um 11,4 Mrd. € hinter den Erwartungen zurück, auf der Ausgabenseite war hingegen ein Anstieg um 8,5 Mrd. € zu verzeichnen. Der Finanzierungssaldo liegt somit um insgesamt 19,9 Mrd. € über dem ursprünglichen Soll von 19,3 Mrd. €.

Das durch Verabschiedung des Nachtragshaushalts auf 43,8 Mrd. € erhöhte Finanzierungsdefizit konnte hingegen um 4,6 Mrd. € unterschritten werden. Ursächlich dafür waren höhere als im Nachtragshaushalt veranschlagte Steuereinnahmen von 1,1 Mrd. € und geringere Ausgaben in Höhe von 3,5 Mrd. €.

Tabelle 1: Bundeshaushalt in den Jahren 1999 bis 2003 (Ist-Ergebnisse in Mrd. Euro)

	1999	2000	2001	2002	2003
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7
Veränderung ggü. Vorjahr in %	5,7	-1,0	-0,5	2,5	3,0
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5
Veränderung ggü. Vorjahr in %	7,8	-0,1	-0,1	-1,6	0,4
Finanzierungssaldo	-26,2	-23,9	-22,9	-32,7	-39,2

Der Finanzierungssaldo von 39,2 Mrd. € setzt sich zusammen aus dem Nettokreditbedarf von 38,4 Mrd. € zuzüglich den in der Haushaltsrechnung zu buchenden Kurswerten aus den An- und Verkäufen im Rahmen der Kurspflegegeschäfte von 0,3 Mrd. € und den Münzeinnahmen von 0,6 Mrd. €.

4.2 Bruttokreditaufnahme und Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen im Jahr 2003

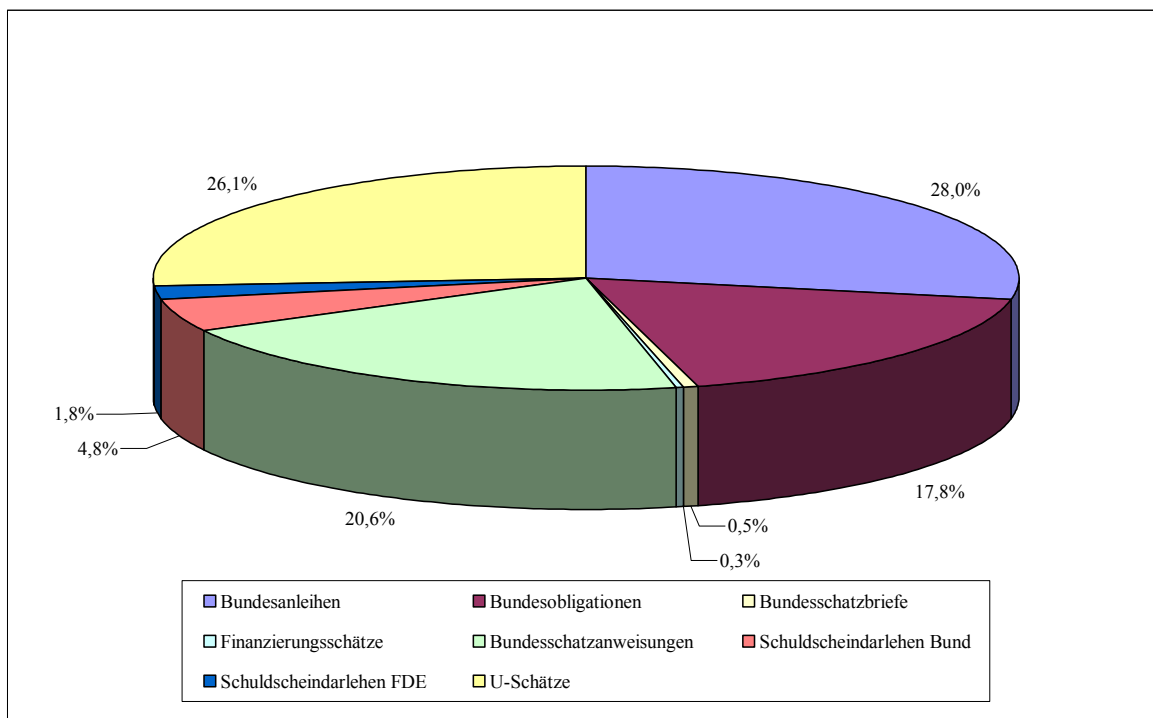
Zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen ist im Jahr 2003 der Kapitalmarkt mit insgesamt brutto 241,2 Mrd. € beansprucht worden. Davon entfällt auf den Bund eine Bruttokreditaufnahme in Höhe von 228,0 Mrd. €, auf die im Rahmen der gemeinsamen Kreditaufnahme beteiligten Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ 10,2 Mrd. € und auf das ERP-Sondervermögen 3,0 Mrd. €.

Tabelle 2 und Abbildung 7 geben auch die Anteile der einzelnen Finanzierungsarten an der gesamten kapitalmarktmäßigen Bruttokreditaufnahme des Bundes wider. Bei dieser Darstellung wurde die Kreditfinanzierung durch die Veränderung der im Eigenbestand befindlichen Bundeswertpapiere berücksichtigt.

Tabelle 2: Bruttokreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen im Jahr 2003 (in Mio. €)

	Volumen (in Mio. €)	Anteil (in v. H.)
Bundesanleihen	67.470	28,0
Bundesschatzbriefe	1.325	0,5
Finanzierungsschätze	841	0,3
Bundesschatzanweisungen	49.770	20,6
Schuldscheindarlehen Bund	11.541	4,8
Schuldscheindarlehen FDE	4.446	1,8
U-Schätze	62.961	26,1
Kapitalmarktbeanspruchung brutto insgesamt:	241.232	100,0
nachrichtlich: darunter		
- Anteile der Sondervermögen im Rahmen der gemeinsamen Wertpapierbegebung	8.786	3,6
- Schuldscheindarlehen des FDE	4.446	1,8
nachrichtlich:		
- Brutto-Kreditaufnahme für den Bund insgesamt	228.000	94,5
- Brutto-Kreditaufnahme FDE	10.232	4,2
- Brutto-Kreditaufnahme ERP	3.000	1,2
darunter im Jahr 2003 aufgenommene und getilgte Beträge	37.015	15,3

Abbildung 7: Anteil der Finanzierungsarten an der Kapitalmarktbeanspruchung durch den Bund und seine Sondervermögen im Jahr 2003 (in %)



Die schon in den Vorjahren zu beobachtende Entwicklung im Finanzierungsverhalten des Bundes setzte sich fort, wonach der Kreditbedarf nahezu ausschließlich, d.h. mittlerweile zu rund 93 % über großvolumige Emissionen von Wertpapieren im Rahmen von Tenderverfahren gedeckt wird. Der Absatz von Bundesschatzbriefen und Finanzierungsschätzen, die als Daueremissionen dem Privatanleger angeboten werden, ging um 1,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zurück. Zur Deckung des gesamten Bruttokreditbedarfs haben Daueremissionen nur noch zu 1 % beigetragen.

Die Begebung von Schuldscheindarlehen des Bundes erfuhr mit einer Volumensteigerung um knapp 7 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Belebung. Dies ist vor allem auf den Verkauf von langlaufenden Schuldscheindarlehen zurückzuführen, die von institutionellen Investoren nachgefragt wurden. Insgesamt erreicht das Schuldscheinsegment einen Anteil von 4,8 % (Vorjahr: 2,4 %).

Die innerjährige Kreditaufnahme von 37,0 Mrd. € bezog sich ausschließlich auf die Unverzinslichen Schatzanweisungen und Schuldscheindarlehen (einschließlich Schuldscheindarlehen FDE).

Das Tilgungsvolumen des Bundes und seiner Sondervermögen belief sich im Jahr 2003 auf 200,7 Mrd. €. Davon entfallen auf den Bund Tilgungen in Höhe von 186,9 Mrd. € und auf die beteiligten Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ 10,6 Mrd. € sowie auf das ERP-Sondervermögen 3,2 Mrd. €.

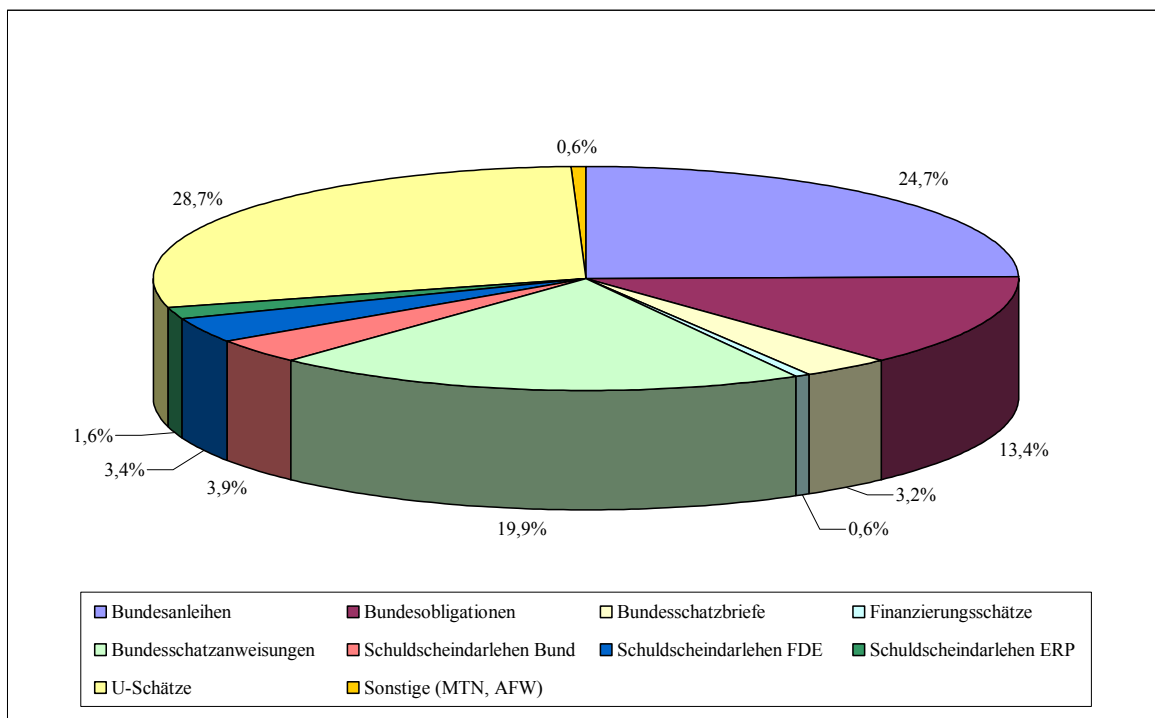
Tabelle 3 und Abbildung 8 enthalten auch die Verteilung auf die einzelnen Finanzierungsarten. Wie bei der Bruttokreditaufnahme fällt auch bei den Tilgungen des Bundes der größte Anteil mit 86,7 %, auf die marktgängigen Bundeswertpapiere.

Mit dem Schuldeneingliederungsgesetz aus 1999 werden die Tilgungsleistungen des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens und des Ausgleichsfonds Steinkohle aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Tabelle 3: Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen im Jahr 2003
(in Mio. €)

	Volumen (in Mio. €)	Anteil (in v. H.)
Bundesanleihen	49.595	24,7
Bundesobligationen	26.940	13,4
Bundesschatzbriefe	6.346	3,2
Finanzierungsschätze	1.200	0,6
Bundesschatzanweisungen	40.000	19,9
Schuldscheindarlehen Bund	7.752	3,9
Schuldscheindarlehen FDE	6.825	3,4
Schuldscheindarlehen ERP	3.231	1,6
U-Schätze	57.576	28,7
Sonstige (MTN, AFW)	1.225	0,6
Tilgungen insgesamt:	200.690	100,0
nachrichtlich:		
darunter		
- Tilgungen aus der gemeinsamen Wertpapierbegebung	3.748	1,9
- Schuldscheindarlehen FDE	6.825	3,4
- Schuldscheindarlehen ERP	3.231	1,6
nachrichtlich		
- Tilgung Bund	186.886	93,1
- Tilgung FDE	10.573	5,3
- Tilgung ERP	3.231	1,6

Abbildung 8: Anteil der Finanzierungsarten an den Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen im Jahr 2003 (in %)



4.3 Markt- und Kurspflege bei Bundeswertpapieren

Zum Jahresende betrug der Eigenbestand des Bundes 13,4 Mrd. €. Der Bestand reduzierte sich damit gegenüber dem 31. Dezember 2002 um 4,4 Mrd. €. Den für die Marktpflege zur Verfügung stehenden Eigenbeständen flossen im Berichtsjahr 30,7 Mrd. € zu.

Die Ankäufe im Rahmen der Kurspflege beliefen sich auf 74,9 Mrd. €. Die Verkäufe aus Markt- und Kurspflegebeständen betragen 108,7 Mrd. €. Aus den vorhandenen Eigenbeständen wurden 1,4 Mrd. € getilgt. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht (s. Tabelle 4).

Tabelle 4: Markt- und Kurspflege bei Wertpapieren des Bundes (ohne Sondervermögen)
(Stand Ende 2002/2003, Beträge zu Nennwerten - in Mio. € -)

	Eigenbestand am 31.12.2002	Sonderquote (Zugang)	Ankauf	Verkauf	Tilgung	Bestandsveränderung	Eigenbestand am 31.12.2003
Bundesanleihen	9.213	10.897	40.538	53.255	307	-2.127	7.086
Bundesschatzanweisungen	3.917	8.756	20.055	29.374	465	-1.028	2.889
Bundesschatzanweisungen	2.964	5.529	8.564	15.725	137	-1.769	1.195
Anleihen des BEV	52	0	31	61	22	-52	0
Anleihen der THA	1.635	0	2.552	3.464	375	-1.287	348
Unverzinsliche Schatzanweisungen	0	5.563	3.167	6.833	58	1.839	1.839
Gesamt:	17.781	30.745	74.907	108.712	1.364	-4.424	13.357

4.4 Entstehung und Tilgung von Finanzschulden von Bund und Sondervermögen

Bundesrepublik Deutschland

Aus der Differenz der am Kapitalmarkt beschafften Kredite in Höhe von 228,0 Mrd. € (ohne Sondervermögen) und der Tilgung von Kapitalmarktstiteln in Höhe von 186,9 Mrd. € ergibt sich im Jahr 2003 für den Bund eine Erhöhung des Schuldenstandes am Kapitalmarkt von 41,1 Mrd. €. Unter Berücksichtigung sonstiger Einnahmen zur Schuldentilgung in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € gemäß § 2 Abs. 2 HG 2003, und haushalterischer Umbuchungen in Höhe von zusammen-4,8 Mrd. €, ergibt sich im Jahr 2003 ein Nettokreditbedarf (haushaltsmäßige Betrachtung) des Bundes von insgesamt 38,4 Mrd. €. Die Entstehung und Tilgung von Finanzschulden des Bundes in den Jahren 1999 bis 2003 ist in Tabelle 5 dargestellt.

Tabelle 5: Entstehung und Tilgung von Finanzschulden des Bundes seit 1999 (in Mrd. €)

	Jahr 1999	Jahr 2000	Jahr 2001	Jahr 2002	Jahr 2003
Bruttokreditaufnahme am Kapitalmarkt (excl. Anteile Sondervermögen)	150,3	132,4	134,1	179,1	228,0
Tilgungen	128,3	125,2	152,6	157	186,9
Sonstige Einnahmen zur Nettotilgung (z.B. Bundesbankmehrgewinn, UMTS etc.)	4,7	18,2	38,0	7,9	2,1
Haushalterische Umbuchungen	-0,3	-1,7	3,5	2,0	-4,8
Nettokreditbedarf	26,4	23,7	23,0	32,0	38,4

Fonds „Deutsche Einheit“ und ERP-Sondervermögen

Die Aufnahmen und die Tilgungen von Kreditmarktmitteln seit dem Jahr 1999 sind für den Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) in Tabelle 6 und für das ERP-Sondervermögen (ERP) in Tabelle 7 dargestellt. Die Nettotilgungen der Schulden des FDE, der seit 1995 außer den Zinsen keine weiteren haushalterischen Ausgaben mehr hat, wurden fortgesetzt. Auch beim ERP-Sondervermögen konnte in 2003 ein leichter Schuldenabbau erzielt werden.

Tabelle 6: Aufnahmen und Tilgungen von Kreditmarktmitteln des FDE seit 1999 (in Mrd. €)

	Jahr 1999	Jahr 2000	Jahr 2001	Jahr 2002	Jahr 2003
Bruttokreditaufnahme am Kapitalmarkt	6,8	7,6	19,0	20,5	10,2
Tilgungen	7,2	8,0	19,0	20,7	10,6
Nettokreditbedarf	-0,4	-0,4	0,0	-0,2	-0,3

Tabelle 7: Aufnahmen und Tilgungen von Kreditmarktmitteln des ERP seit 1999 (Mrd. €)

	Jahr 1999	Jahr 2000	Jahr 2001	Jahr 2002	Jahr 2003
Bruttokreditaufnahme am Kapitalmarkt	1,0	5,2	3,7	3,7	3,0
Tilgungen	2,5	2,9	2,9	3,5	3,2
Nettokreditbedarf	-1,5	2,3	0,8	0,2	-0,2

4.5 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen

4.5.1 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Geschäftsarten

Die Gesamtverschuldung des Bundes, des Fonds „Deutsche Einheit“, des ERP-Sondervermögens und des Entschädigungsfonds beliefen sich Ende 2003 auf insgesamt 819,3 Mrd. €. Davon entfielen auf den Bundeshaushalt 760,5 Mrd. €, auf den Fonds „Deutsche Einheit“ 39,1 Mrd. €, auf den ERP 19,3 Mrd. € sowie auf den Entschädigungsfonds 0,5 Mrd. € (s. Tabelle 8).

Die Schulden des Bundes (ohne Anteile von Sondervermögen aus gemeinsamer Kreditaufnahme) setzen sich Ende 2003 zu 94 % aus Einmalemissionen zusammen. Daueremissionen mit etwa 2 % und Schuldscheindarlehen mit 5 % hatten nur noch einen sehr geringen Anteil am Schuldenstand des Bundes.

Auch die umlaufenden Schulden des FDE bestehen zu 98 % aus Einmalemissionen. Diese Schulden gehen auf die gemeinsame Kreditaufnahme mit dem Bund zurück. Schuldscheindarlehen werden vom FDE nicht mehr begeben.

Beim ERP-Sondervermögen setzt sich die umlaufende Schuld zu 47 % aus Schuldscheindarlehen und zu 53 % aus Einmalemissionen über die gemeinsame Kreditaufnahme mit dem Bund zusammen.

Die umlaufende Schuld des Entschädigungsfonds besteht zu 100 % aus Inhaberschuldverschreibungen.

Tabelle 8: Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen nach Geschäftsarten zum 31. Dezember 2003 (Mio. €)

	in Mio. €	Anteil (in v. H.)
Gesamtverschuldung des Bundes inkl. Sondervermögen	819.283	100,0
darunter eigene Inhaberschuldverschreibungen des Entschädigungsfonds	469	0,1
darunter Emissionen im Tenderverfahren	762.680	93,1
darunter Bundesanleihen	477.346	58,3
Bundesobligationen	156.500	19,1
Bundesschatzanweisungen	93.000	11,4
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35.834	4,4
darunter Daueremissionen	14.048	1,7
darunter Bundesschatzbriefe	12.809	1,6
Finanzierungsschätze	1.239	0,2
darunter Schuldscheindarlehen	48.244	5,9
darunter Sonstige Schulden	7.180	0,9
darunter Eigenbestand	-13.339	-1,6

	in Mio. €	Anteil (in v. H.)
Bundshaushalt	760.453	100,0
darunter Emissionen im Tenderverfahren	714.154	93,9
darunter Bundesanleihen	443.614	58,3
Bundesobligationen	146.315	19,2
Bundesschatzanweisungen	88.390	11,6
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35.834	4,7
darunter Daueremissionen	14.048	1,8
darunter Bundesschatzbriefe	12.809	1,7
Finanzierungsschätze	1.239	0,2
darunter Schuldscheindarlehen	38.410	5,1
darunter Sonstige Schulden	7.180	0,9
darunter Eigenbestand	-13.339	-1,8
Fonds Deutsche Einheit	39.099	100,0
darunter Mitschuld Einmalemissionen	38.307	98,0
darunter Bundesanleihen	23.563	60,3
Bundesobligationen	10.134	25,9
Bundesschatzanweisungen	4.610	11,8
darunter Schuldscheindarlehen	793	2,0
ERP Sondervermögen	19.261	100,0
darunter Mitschuld Einmalemissionen	10.220	53,1
darunter Bundesanleihen	10.169	52,8
Bundesobligationen	51	0,3
darunter Schuldscheindarlehen	9.042	46,9
Entschädigungsfonds	469	100,0
darunter Inhaberschuldverschreibungen	469	100,0
darunter Eigenbestand	0	0,0

Die Entwicklung der Gesamtverschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen der letzten 5 Jahre zeigt nachfolgende Tabelle 9.

Tabelle 9: Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen nach Geschäftsarten im Zeitraum 1999 bis 2003 (Mio. €)

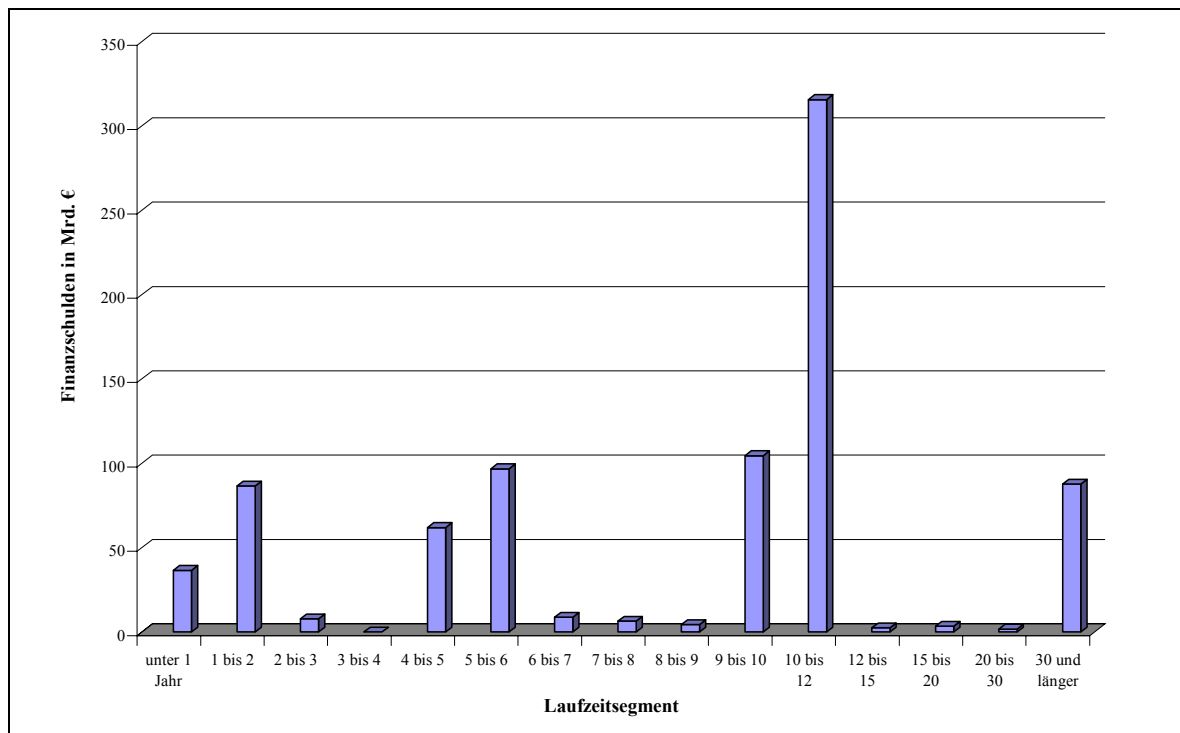
	1999	2000	2001	2002	2003
	in Mio. €				
Gesamtverschuldung des Bundes inkl. Sondervermögen	764.535	773.856	756.374	778.607	819.283
darunter eigene Anleihen der Sondervermögen	28.768	24.240	15.628	3.438	469
darunter Emissionen im Tenderverfahren	576.066	609.685	657.471	718.136	762.680
darunter Bundesanleihen	396.883	424.717	441.243	462.941	477.346
Bundesobligationen	124.740	129.256	132.750	141.586	156.500
Bundesschatzanweisungen	44.474	46.000	64.000	85.000	93.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	9.969	9.712	19.478	28.610	35.834
darunter Daueremissionen	43.204	37.794	28.052	19.514	14.048
darunter Bundesschatzbriefe	41.620	35.990	26.394	17.897	12.809
Finanzierungsschätze	1.584	1.804	1.658	1.617	1.239
darunter Schuldscheindarlehen	84.964	72.710	58.952	47.012	48.244
darunter Sonstige Schulden	47.446	45.896	10.177	8.380	7.180
darunter Eigenbestand	-15.912	-16.469	-13.907	-17.874	-13.339
Bundeshaushalt	708.273	715.586	697.290	719.397	760.453
darunter Emissionen im Tenderverfahren	567.682	592.643	627.705	674.648	714.154
darunter Bundesanleihen	389.274	410.584	425.358	433.457	443.614
Bundesobligationen	124.240	126.622	122.616	131.401	146.315
Bundesschatzanweisungen	44.199	45.725	60.252	81.180	88.390
Unverzinsliche Schatzanweisungen	9.969	9.712	19.478	28.610	35.834
darunter Daueremissionen	43.204	37.794	28.052	19.514	14.048
darunter Bundesschatzbriefe	41.620	35.990	26.394	17.897	12.809
Finanzierungsschätze	1.584	1.804	1.658	1.617	1.239
darunter Schuldscheindarlehen	64.704	54.731	44.790	34.635	38.410
darunter Sonstige Schulden	47.446	45.896	10.177	8.380	7.180
darunter Eigenbestand	-14.763	-15.478	-13.434	-17.781	-13.339

	1999	2000	2001	2002	2003
	in Mio. €				
Fonds Deutsche Einheit	40.102	39.681	39.638	39.441	39.099
darunter Anleihen des FDE	23.008	18.407	9.715	-	-
darunter Mitschuld Einmalemissionen	7.387	14.623	25.596	36.269	38.307
darunter Bundesanleihen	6.612	11.714	11.714	22.315	23.563
Bundesobligationen	500	2.634	10.134	10.134	10.134
Bundesschatzanweisungen	275	275	3.748	3.820	4.610
darunter Schuldscheindarlehen	10.481	7.178	4.464	3.172	793
darunter Eigenbestand	-774	-527	-136	-	-
ERP Sondervermögen	16.028	18.386	19.161	19.400	19.261
darunter Anleihen des ERP-Sondervermögens	5.624	5.624	5.624	3.068	-
darunter Mitschuld Einmalemissionen	997	2.419	4.171	7.220	10.220
darunter Bundesanleihen	997	2.419	4.171	7.169	10.169
Bundesobligationen	-	-	-	51	51
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-
darunter Schuldscheindarlehen	9.778	10.801	9.699	9.205	9.042
darunter Eigenbestand	-371	-458	-332	-92	-
Entschädigungsfonds	132	204	285	369	469
darunter Inhaberschuldverschreibungen	136	210	290	370	469
darunter Eigenbestand	-4	-6	-5	-1	0

4.5.2 Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Ursprungslaufzeiten

Eine Analyse der umlaufenden Finanzschulden von Bund und Sondervermögen nach Ursprungslaufzeiten führt zu dem Ergebnis, dass die „traditionellen“ Emissionslaufzeiten von 5 und 10 Jahren einen Anteil von ca. 70 % an der gesamten umlaufenden Finanzschuld haben (s. Abbildung 9).

Abbildung 9



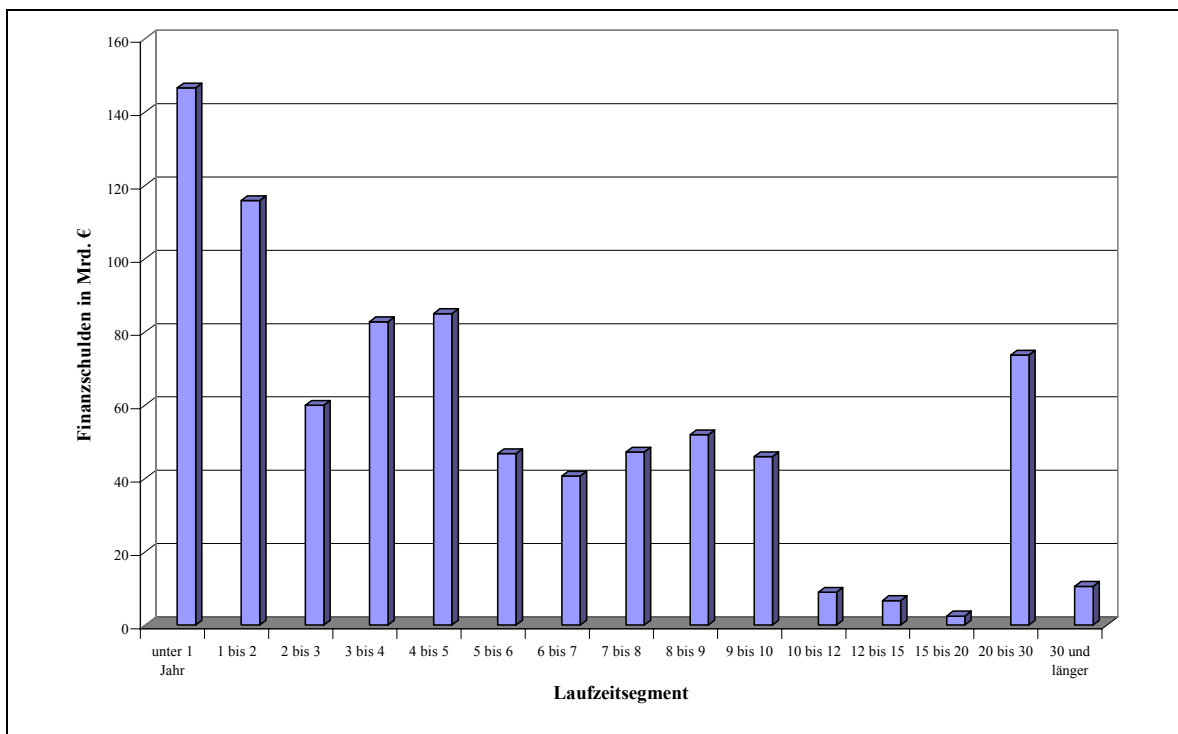
4.5.3 Finanzschulden von Bund und seiner Sondervermögen nach Restlaufzeiten

Eine Aufteilung der Finanzschulden des Bundes und seiner Sondervermögen nach Restlaufzeiten hat demgegenüber ein ganz anderes Aussehen (vgl. Abbildung 10).

Im Restlaufzeitsegment zwischen 3 und 10 Jahren sind es jährlich 50 bis 80 Mrd. €, die aus bestehender Schuld fällig werden und - neben den kurzfristigen (noch aufzunehmenden) Schulden - zukünftig zur Anschlussfinanzierung anstehen.

Im Jahre 2004 wird die Tilgungssumme des Bundes und seiner Sondervermögen insgesamt (inkl. der noch aufzunehmenden unterjährigen Schulden) voraussichtlich 187 Mrd. € betragen.

Abbildung 10



Eine ausführliche Übersicht zum Stand der Finanzschulden von Bund und seiner Sondervermögen nach Restlaufzeiten befindet sich im Anhang unter Ziff. 7.5

4.6 Zinsausgaben und Einnahmen des Bundes und seiner Sondervermögen im Jahr 2003

Die Zinsausgaben des Bundes¹ und seiner Sondervermögen beliefen sich im Jahr 2003 insgesamt auf 39,6 Mrd. €. Annähernd 36,0 Mrd. € Zinsen oder rund 91 % entfielen dabei auf Emissionen, die im Tenderverfahren begeben worden sind. Darunter waren Zinsen für Anleihen mit 25,3 Mrd. €, das sind knapp 2/3 der gesamten Zinsausgaben, gefolgt von Bundesobligationen (6,5 Mrd. €) und Bundesschatzanweisungen (3,3 Mrd. €). Für Daueremissionen mussten insgesamt 1,2 Mrd. € und für Schuldscheindarlehen 2,9 Mrd. € aufgewendet werden.

Tabelle 10: Zinsausgaben des Bundes und seiner Sondervermögen im Jahr 2003 nach Geschäftsarten (Mio. €)

	in Mio. €	Anteil (in v. H.)
Zinsausgaben des Bundes inkl. Sondervermögen	39.572	100,0
darunter eigene Anleihen der Sondervermögen	207	0,5
darunter Emissionen im Tenderverfahren	35.951	90,8
darunter Bundesanleihen	25.336	64,0
Bundesobligationen	6.510	16,5
Bundesschatzanweisungen	3.302	8,3
Unverzinsliche Schatzanweisungen	803	2,0
darunter Daueremissionen	1.221	3,1
darunter Bundesschatzbriefe	1.173	3,0
Finanzierungsschätze	49	0,1
darunter Schuldscheindarlehen	2.880	7,3
darunter Sonstige Schulden	172	0,4
darunter Eigenbestand	-859	-2,2

¹ ohne Zinsen für Kassenverstärkungskredite, Agio/Disagio, Zinsderivate sowie Verwaltungsausgaben

	in Mio. €	Anteil (in v. H.)
Bundshaushalt	36.513	100,0
darunter Emissionen im Tenderverfahren	33.844	92,7
darunter Bundesanleihen	23.871	65,4
Bundesobligationen	6.028	16,5
Bundesschatzanweisungen	3.142	8,6
Unverzinsliche Schatzanweisungen	803	2,2
darunter Daueremissionen	1.221	3,3
darunter Bundesschatzbriefe	1.173	3,2
Finanzierungsschätze	49	0,1
darunter Schuldscheindarlehen	2.135	5,8
darunter Sonstige Schulden	172	0,5
darunter Eigenbestand	-859	-2,4
Fonds Deutsche Einheit	1.929	100,0
darunter Mitschuld Einmalemissionen	1.746	90,5
darunter Bundesanleihen	1.108	57,4
Bundesobligationen	478	24,8
Bundesschatzanweisungen	160	8,3
darunter Schuldscheindarlehen	183	9,5
ERP Sondervermögen	1.130	100,0
darunter Anleihen des ERP-Sondervermögens	207	18,3
darunter Mitschuld Einmalemissionen	361	31,9
darunter Bundesanleihen	357	31,6
Bundesobligationen	3	0,3
darunter Schuldscheindarlehen	563	49,8
Entschädigungsfonds	0	100,0
darunter Inhaberschuldverschreibungen	-	-
darunter Eigenbestand	0	100,0

Betrachtet man dagegen die gesamten Zinsausgaben und Zinseinnahmen des Bundes (ohne Sondervermögen), dann wurden vom Bund insgesamt 36,0 Mrd. € Zinsen (Saldo aus Zinsausgaben von 36,9 Mrd. € und Zinseinnahmen von rd. 0,9 Mrd. €) aufgewendet. Das entspricht ungefähr 14 % aller Ausgaben des Bundeshaushaltes. Weitere Angaben sind in nachfolgender Tabelle 11 aufgeführt.

Tabelle 11: Zinsausgaben und Zinseinnahmen des Bundes (ohne Sondervermögen) im Jahr 2003 nach Geschäftsarten (Mio. €)

	in Mio. €	Anteil (in v. H.)
Ausgaben	36.911	100,0
darunter Emissionen im Tenderverfahren inkl. Absicherungsgeschäfte	33.783	91,5
darunter Bundesanleihen	23.809	64,5
Bundesobligationen	6.028	16,3
Bundesschatzanweisungen	3.142	8,5
Unverzinsliche Schatzanweisungen	803	2,2
darunter Daueremissionen	1.221	3,3
darunter Bundesschatzbriefe	1.173	3,2
Finanzierungsschätze	49	0,1
darunter Schuldscheindarlehen	2.135	5,8
<i>Zinsausgaben für Kreditfinanzierungsmittel</i>	<i>37.139</i>	<i>100,6</i>
darunter Zinsen für Kassenverstärkungskredite	271	0,7
darunter Disagio (+)/Agio (-)	-706	-1,9
darunter Sonstige Zinsen	172	0,5
darunter MTN	21	0,1
Vertragskredite der Bahn	1	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	88	0,2
sonstige Zinsen der Schuldeneingliederung	11	0,0
WGS	6	0,0
bereinigte Auslandsschulden	3	0,0
Zinsen Ausgleichsforderungen n.		
Umstellungsgesetz	0	0,0
Ausgleichsforderungen DB	41	0,1
darunter sämtliche Verwaltungsausgaben	36	0,1
darunter Kreditbeschaffungskosten	20	0,1
Zahlungen an die FA	16	0,0
Einnahmen	881	100,0
darunter aus Eigenbeständen (Kurspflegebestände)	859	97,5
aus Geldanlage	22	2,5
Gebühren, sonstige Entgelte	0	0,0

4.7 Emissionsrenditen im Jahr 2003²

Die Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen am Kapitalmarkt erfolgte im Jahr 2003 zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 3,06 % p.a. (vgl. Tabelle 12). Die Zinssätze der Bruttokreditaufnahme lagen in den Vorjahren - ohne Eigenbestände - bei 3,98 % p.a. (Jahr 2002), 4,36 % p.a. (Jahr 2001) bzw. 5,01 % p.a. (Jahr 2000) und 3,71 % (Jahr 1999).

Ein Vergleich der Emissionsrenditen verschiedener Geschäftsarten untereinander ist insofern schwierig, als die entsprechenden Laufzeiten sehr stark variieren und neben anderen Faktoren die Steilheit der Zinskurve, d.h. die Laufzeitprämie eine große Rolle spielt. Bei einer normalen Zinskurve, wie im Jahre 2003, ist die langfristige Kapitalaufnahme teurer als eine Mittelbeschaffung im kurzfristigen Laufzeitbereich. So liegt die Spannbreite der durchschnittlichen Emissionsrenditen handelbarer Wertpapiere im Jahre 2003 zwischen 2,18 % p.a. (für die Aufnahme von U-Schätzen mit sechsmonatiger Laufzeit) und 4,24 % p.a. (für 10- und 30-jährige Anleihen). Gleichwohl ist damit nichts über die generelle Vorteilhaftigkeit der Aufnahme kurzfristiger Mittel ausgesagt, denn das Anschlussfinanzierungsrisiko ist bei Kurzläufem auch entsprechend hoch, insbesondere in Zeiten steigender Zinsen.

Tabelle 12: Emissionsrenditen der Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen nach Geschäftsarten im Jahr 2003 - gewogen mit dem Kapitalbetrag der Emission, inkl. Eigenbestandsveränderungen -

	Rendite (in v. H.)
Emissionsrenditen des Bundes inkl. Sondervermögen	3,06
darunter Emissionen im Tenderverfahren	3,05
darunter Bundesanleihen (10- und 30-jährige Anleihen)	4,24
Bundesschatzanweisungen	3,21
Bundesschatzanweisungen Unverzinsliche Schatzanweisungen mit sechsmonatiger Laufzeit	2,47
	2,18
darunter Daueremissionen	2,65
darunter Bundesschatzbriefe	3,01
Finanzierungsschätze	2,08
darunter Schuldscheindarlehen	2,98

² Betrachtet wird die kapitalgewichtete Emissionsrendite im Jahr 2003

	Rendite (in v. H.)
Bundeshaushalt	3,05
darunter Emissionen im Tenderverfahren	3,03
darunter Bundesanleihen	4,25
Bundesschatzanweisungen	3,21
Unverzinsliche Schatzanweisungen	2,46
	2,18
darunter Daueremissionen	2,65
darunter Bundesschatzbriefe	3,01
Finanzierungsschätze	2,08
darunter Schuldscheindarlehen	3,11
Fonds Deutsche Einheit	2,79
darunter Mitschuld Einmalemissionen	2,91
darunter Bundesanleihen	4,05
Bundesschatzanweisungen	2,60
darunter Schuldscheindarlehen	2,63
ERP Sondervermögen	4,17
darunter Mitschuld Einmalemissionen	4,17
darunter Bundesanleihen	4,17
Entschädigungsfonds	-
darunter Inhaberschuldverschreibungen	-

Das Spektrum der kapital- und restlaufzeitgewogenen Emissionsrenditen handelbarer Wertpapiere reicht von 2,09 % für 6-monatige U-Schätze bis 5,22 % für langlaufende Anleihen mit einer 10- bis 30-jährigen Zinsbindung (vgl. Tabelle 13).

Im Vergleich zum Vorjahr sank die durchschnittliche Emissionsrendite der im Tenderverfahren begebenen großvolumigen Wertpapiere von 5,31 % auf nunmehr 5,06 %. Besonders stark waren die Zinsrückgänge am kurzen Laufzeitende; so sank die mittlere Rendite bei den Unverzinslichen Schatzanweisungen um fast einen Prozentpunkt von 3 % auf 2,09%, bei den 2-jährigen Schatzanweisungen gab es immerhin noch einen Rückgang von 3,57 % auf 2,69 %.

Am langen Laufzeitende fiel dagegen bei den 10- und 30-jährigen Anleihen die Durchschnittsrendite lediglich um 22 Basispunkte von 5,44 % auf 5,22 %.

Tabelle 13: Emissionsrenditen der Bundesschuld zum Jahresende 2003 (Mio. €)
 - gewogen mit Kapital und Restlaufzeit -

	in Mio. €	Rendite (in v. H.)
Emissionsrenditen des Bundes inkl. Sondervermögen	819.283	4,96
darunter eigene Inhaberschuldverschreibungen des Entschädigungsfonds	469	4,62
darunter Emissionen im Tenderverfahren	762.680	5,06
darunter Bundesanleihen (10- und 30-jährige Anleihen)	477.346	5,22
Bundesobligationen	156.500	4,06
Bundesschatzanweisungen	93.000	2,69
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35.834	2,09
darunter Daueremissionen	14.048	4,00
darunter Bundesschatzbriefe	12.809	4,03
Finanzierungsschätze	1.239	2,37
darunter Schuldscheindarlehen	48.244	5,11
darunter Sonstige Schulden	7.180	1,01
darunter Eigenbestand	-13.339	n.v.
Bundeshaushalt	760.453	4,97
darunter Emissionen im Tenderverfahren	714.154	5,08
darunter Bundesanleihen	443.614	5,24
Bundesobligationen	146.315	4,04
Bundesschatzanweisungen	88.390	2,69
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35.834	2,09
darunter Daueremissionen	14.048	4,00
darunter Bundesschatzbriefe	12.809	4,03
Finanzierungsschätze	1.239	2,37
darunter Schuldscheindarlehen	38.410	5,04
darunter Sonstige Schulden	7.180	1,01
darunter Eigenbestand	-13.339	n.v.

	in Mio. €	Rendite (in v. H.)
Fonds Deutsche Einheit	39.099	4,73
darunter Mitschuld Einmalemissionen	38.307	4,73
darunter Bundesanleihen	23.563	4,83
Bundesschatzanweisungen	10.134	4,49
Bundesschatzanweisungen	4.610	2,61
darunter Schuldscheindarlehen	793	4,73
ERP Sondervermögen	19.261	4,97
darunter Mitschuld Einmalemissionen	10.220	4,74
darunter Bundesanleihen	10.169	4,75
Bundesschatzanweisungen	51	3,93
darunter Schuldscheindarlehen	9.042	5,67
Entschädigungsfonds	469	4,62
darunter Inhaberschuldverschreibungen	469	4,62
darunter Eigenbestand	0	n.v.

4.8 Durchschnittliche Restlaufzeit der umlaufenden Bundesschuld

Die durchschnittliche Restlaufzeit der umlaufenden Bundesschuld (ohne Schulden des Ausgleichsfonds Währungsumstellung) erhöhte sich im letzten Jahr um 4 Monate auf 6 Jahre und 4 Monate. Angesichts des niedrigen Marktzinsniveaus wurde der erhöhte Kreditbedarf vorwiegend mit 10- und 30-jährigen Emissionen gedeckt. Der Anhang 7.6 zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Restlaufzeiten in den Jahren 2000 bis 2003.

4.9 Kassenkredite/Kassenanlagen

Der Bund hat im Haushaltsjahr 2003 Kredite zur Kassenfinanzierung (§ 3 Satz 1 und 2 HG 2003) vorübergehend und in wechselnder Höhe während des gesamten Jahres in Anspruch genommen. Der Durchschnittsbetrag der Kassenfinanzierung des Bundes belief sich auf rd. 7,6 Mrd. €. Dabei hat der Bund auch Kassenkredite in Form besicherter Geldmarktkredite (sog. Repogeschäfte, § 3 Satz 2 HG 2003) in wechselnder Höhe in Anspruch genommen. Der Durchschnittsbetrag der Repos belief sich auf ca. 3,8 Mrd. €.

Andere Formen des Kassenkredites (Bundeskassenscheine, Schatzwechsel) wurden von der Finanzagentur im Haushaltsjahr 2003 zur Kassenkreditverstärkung nicht verwendet.

5. Abrechnung der Kreditermächtigung

Die im Haushaltsgesetz erteilten Ermächtigungen hat der Bund wie folgt in Anspruch genommen.

Tabelle 13: Stand der Kreditermächtigungen des Bundes für 2003 (Mio. €)

Ermächtigungsgrundlage	Ermächtigungsbetrag	Davon am 31.12.2003 in Anspruch genommen
Kreditermächtigungen aufgrund des Haushaltsgesetzes 2003 einschließlich Nachtragshaushaltsgesetz 2003		
§ 2 Abs. 1 (Nettokreditermächtigung)	43.400	
§ 2 Abs. 9 (gesperrt)	8.979	
§ 18 Abs. 3 BHO (Restkreditermächtigung 2002)	10.280	
Ermächtigungsrahmen für Nettokreditaufnahme	44.701	38.648
<u>Nachrichtlich:</u>	15.032	
§ 18 Abs. 3 BHO (Restkreditermächtigung 2003)		
§ 2 Abs. 2 (Anschlussfinanzierungen)	184.807	184.807
§ 2 Abs. 3 (Vorgriffsermächtigungen)	10.408	0
§ 2 Abs. 5 (Marktpflegermächtigung)	0	0
§ 3 Satz 1 (Kassenverstärkungskredite)	26.020	4.938
§ 3 Satz 2 (Kassenverstärkungskredite)	26.020	2.307

6. Kreditmanagement

6.1 Steuerung und Kontrolle

Das Schuldenmanagement wird kontrolliert durch das vom Deutschen Bundestag nach § 4a BWpVerwG für die Dauer einer Wahlperiode aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gewählten „Gremium zu Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes“. In diesem Gremium ist neben dem BMF der Bundesrechnungshof ständig vertreten; weitere Teilnehmer können durch Beschluss des Gremiums hinzugezogen werden.

Die politische Verantwortung für das Kreditmanagement liegt beim BMF. Zur Wahrnehmung seiner Verantwortung sowie zur Steuerung und Kontrolle des Kreditmanagements erteilt das BMF der Finanzagentur und der Bundeswertpapierverwaltung die erforderlichen Weisungen.

Das BMF hat in der Finanzagentur mehrere Systeme zur Steuerung und Kontrolle errichtet, die eine effiziente Aufgabenerfüllung unter Ausschluss vermeidbarer Risiken sicherstellen. Unterstützt wird dies durch die Organisationsstruktur der Finanzagentur, nach der die Bereiche Handel & Emissionsgeschäft, Strategie, Finanzen & Risiküberwachung und die Interne Revision funktional und personell voneinander getrennt sind.

Im Rahmen der an die Finanzagentur gestellten Aufgaben bei der Liquiditätsplanung und dem Abschluss von derivativen Geschäften müssen die hieraus folgenden Ausfallrisiken berücksichtigt und gesteuert werden. Hierzu ist eine gezielte Einschränkung möglicher Verluste erforderlich. Deshalb hat die Finanzagentur in Zusammenarbeit mit dem BMF ein Kontrahentenlimitsystem implementiert. Dabei werden die Höchstbeträge für die Geschäfte der Finanzagentur mit ihren Geschäftspartnern (Kontrahenten) von deren Bonität abhängig gemacht.

Mit einem Teil der Kontrahenten ist vereinbart worden, dass - soweit für den Bund aus den abgeschlossenen Geschäften Ausfallrisiken entstehen - Sicherheiten zu stellen sind.

Die Bonität der Kontrahenten sowie etwaige Risiken aufgrund des Sitzes der Geschäftspartner (Länderrisiko) werden laufend überwacht. Im Jahr 2003 waren keine Kontrahentenausfälle zu verzeichnen.

6.2 Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr sind wichtige Entscheidungen über das strategische Konzept für die Steuerung des bestehenden Kreditportfolios des Bundes gefallen. Gleichzeitig wurde das im Tagesgeschäft eingesetzte Geldmarkt-Instrumentarium weiter abgerundet und ausgebaut.

Zur Findung der zukünftigen gewünschten Struktur des Kreditportfolio des Bundes hatten BMF und Finanzagentur zunächst einen Entscheidungsrahmen entwickelt, der definiert, unter welchen Aspekten ein langfristiges Zielfortfolio untersucht und ausgewählt werden sollte. Nach der Festlegung des Entscheidungsrahmens wurden konkrete Finanzierungsalternativen analysiert. Die vom BMF ausgewählte Konzeption eines Zielfortfolios stellt ein statisches Portfolio dar, dessen Zinsbindungsstruktur sich zunächst nicht ändert.

Gegenüber dem heutigen Portfolio, dessen Zinsbindungsfrist mit 6 Jahren und 4 Monaten auf einem historischen Höchststand liegt, wird sich diese Zinsbindungsfrist über einen Zeitraum von etwa 9 Jahren in Richtung der langfristigen Durchschnittswerte bewegen.

Ein Element des Portfolio-Umbaus ist eine langfristige Emissionsplanung, die die Bedürfnisse der Märkte gleichermaßen berücksichtigt und somit die Attraktivität der eingesetzten Instrumente gewährleistet.

Um die niedrigsten relativen Kosten zu erzielen, werden folgende Anforderungen an die Emissionen gestellt:

- Ausreichende Liquidität in allen Instrumenten
- Vermeidung von Überangebot in den einzelnen Instrumenten
- Besondere Berücksichtigung der lieferbaren Anleihen in Futures-Kontrakten
- Bewährte Emissions- und Aufstockungsrhythmen.

Unter anderem erfolgt die erforderliche Restrukturierung des Portfolios über den Einsatz von Zins-Tauschgeschäften (Swaps).

Neben dieser Strukturkomponente des Swap-Geschäfts gibt es im Rahmen des Portfolio-Managements die sog. taktische Komponente, die unter Ausnutzung kürzerfristiger Marktbewegungen zur Zinskostenreduzierung eingesetzt wird. Die ersten Geschäfte dieser Art wurden bereits im Juli 2002 durchgeführt. Bis Ende August 2003 wurden insgesamt drei unterschiedliche taktische Strategien entwickelt, umgesetzt und im Jahr 2003 gewinnbringend wieder geschlossen.

Im Berichtszeitraum wurde mit Vorarbeiten und Analysen zur möglichen künftigen Begebung von inflationsindexierten und Fremdwährungsanleihen durch den Bund begonnen. Auf der Basis der durchgeführten Untersuchungen und Marktanalysen hat das BMF 2004 inzwischen entschieden, nunmehr die organisatorischen und gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung dieser Instrumente zu schaffen.

Im täglichen Geldgeschäft haben besicherte Transaktionen (Repurchase Agreements/Repos) erheblich an Bedeutung gewonnen. Dabei setzt die Finanzagentur die für Markt- und Kurspflegeaktivitäten gehaltenen Eigenbestände an Bundesanleihen zur Besicherung von Geldgeschäften mit professionellen Geldmarkt-Partnern ein, um eine weitere Reduzierung der Finanzierungskosten zu erreichen. Im Berichtsjahr belief sich der Einspareffekt bereits auf einen einstelligen Millionenbetrag.

Das Wertpapierleihegeschäft hat sich 2003 zunächst nur zögerlich entwickelt. Während diese Geschäfte anfangs nur über Clearstream Banking Luxemburg (CBL) durchgeführt werden konnten, erfolgte im zweiten Halbjahr auch die Anbindung an Clearstream Banking Frankfurt (CBF). Im Vordergrund dieser Aktivitäten stand für die Finanzagentur die Absicht, zu einer reibungslosen Abwicklung von Geschäften in Bundesanleihen beizutragen, die zuvor unter technischen Unzulänglichkeiten zwischen am Markt operierenden Abwicklungs- und Verwahrungsgesellschaften gelitten hatte.

Zu einem wichtigen Instrument des geldmarktnahen Zins- und Liquiditätsmanagements sind für die Finanzagentur EONIA-Swaps geworden (EONIA steht für „Euro Overnight Index Average“, der ein von der Europäischen Zentralbank täglich ermittelter, gewichteter Tagesgeld-Durchschnittssatz ist). Von den im Berichtsjahr abgeschlossenen 102 Swap-Transaktionen entfielen 60 auf EONIA-Swaps.

Die Markt- und Kurspflegeaktivitäten in börsennotierten Bundeswertpapieren wurden in der bewährten Form fortgesetzt. Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank betreiben weiterhin diese Geschäfte in enger Abstimmung mit der Finanzagentur auf dem Parkett der deutschen Börsen, während die Finanzagentur im Wesentlichen auf elektronischen Handelsplattformen aktiv ist. Dabei hat sich allerdings insofern eine Neuerung ergeben, als auch bei den im Auktionsverfahren angebotenen Unverzinslichen Schatzanweisungen seit Juli 2003 einerseits eine Volumenaufstockung von 5 auf 6 Mrd. Euro, andererseits aber auch die Einführung einer Marktpflegequote erfolgte. Gleichzeitig wurde die Finanzagentur im Sekundärmarkt aktiv, zunächst nur im bilateralen Telefonhandel, später auch über die zur Verfügung stehenden elektronischen Handelsplattformen.

Diese Aktivitäten sind ein weiterer Schritt auf dem Weg, die geldmarktnahen Papiere für Investoren noch attraktiver zu machen.

Die Auktionen der Einmalemissionen (Bundesschatzanweisungen, Bundesobligationen und Bundesanleihen) wurden so durchgeführt, wie sie in der Emissionsvorausschau 2003 und in den detaillierteren, quartalsweise veröffentlichten Emissionskalendern des Bundes angekündigt worden waren. Die Emissionsvorausschau 2004 wurde nach Abstimmung mit dem BMF planungsgemäß im Dezember 2003 veröffentlicht.

Reaktiviert wurde das Angebot an Schuldscheindarlehen, ohne die Liquidität der angebotenen Anleihen zu beeinträchtigen. Grundlage dafür war eine spezielle Bedarfssituation einiger Kapitalsammelstellen (vor allem Versicherungen) nach langfristigen Anlagen dieser Art. Insgesamt wurden für 6,9 Mrd. Euro Schuldscheindarlehen aufgenommen, die eine mittlere Laufzeit von gut 18 Jahren haben.

7. Anhang

7.1 Übersicht „Bundeswertpapiere auf einen Blick“

7.2 Rangliste der Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen 2003

7.3 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen der Jahre 2000 bis 2003

7.4 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Ursprungslaufzeiten zum 31.12.2003

7.5 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Restlaufzeiten zum 31.12.2003

7.6 Schuldenstand und durchschnittliche Restlaufzeit der Jahre 2000 bis 2003

7.7 Statistik der Bundesschuld per 31.12.2003

7.8 Veränderung der Schuldenstände Insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen in den Jahren 1990 bis 2003

7.9 Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2003 zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendeten Einnahmen sowie die Schuldenübernahme durch die Telekom

Übersicht "Bundeswertpapiere auf einen Blick"

	Instrumente des Bundes, die sich vorwiegend an Banken und institutionelle richten			Instrumente, die sich vorwiegend an Privatkunden richten		
	Bundesanleihen	Bundesschatzanweisungen	Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	Bundesschatzbriefe	Finanzierungsschätze	
Emissionsverfahren	Tendervverfahren	Tendervverfahren	Tendervverfahren	Daueremission	Daueremission	
Stückelung	0,01 €	0,01 €	0,01 €	0,01 €	0,01 €	
Mindestkaufauftrag	1 Mio €	1 Mio €	1 Mio €	50 €	500 €	
Mindestauftragswert bei Direkterwerb Bundeswertpapierverwaltung	Direkterwerb nicht möglich	Direkterwerb nicht möglich	Direkterwerb nicht möglich	52 €	500 €	
Anlagehöchstbetrag	unbeschränkt	unbeschränkt	unbeschränkt	unbeschränkt	250.000 je Käufer und Geschäftstag	
Zinszahlung	jährlich nachträglich	jährlich nachträglich	jährlich nachträglich	Abzinsung (Nennwert-Zinsen=Kaufpreis)	Abzinsung (Nennwert-Zinsen=Kaufpreis)	
Zinsberechnungsmethode	actual/actual (taggenau)	actual/actual (taggenau)	actual/actual (taggenau)	actual/actual (taggenau)	actual/actual (taggenau)	
Laufzeit	10 Jahre, 30 Jahre	5 Jahre	2 Jahre	Typ A: 6 Jahre und Typ B: 7 Jahre	1 Jahr und 2 Jahre	
Rückzahlung	zum Nennwert	zum Nennwert	zum Nennwert	Typ A zum Nennwert Typ B zum Rückzahlungswert (= Nennwert + Zinsen)	zum Nennwert	
Erwerber	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen)	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen); Direkterwerb Bundeswertpapierverwaltung; natürliche Personen sowie gebietsansässige, gemennützige, mildtätige und kirchliche Einrichtungen	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen)	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen)	jedermann, außer Kreditinstitute	
Verkauf bzw. vorzeitige Rückgabe	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	nach dem 1. Laufzeitjahr bis zu 5.000 € (Euroausgaben) + 10.000 DM (DM-Ausgaben) 30 Zinsstagen	
Übertragbarkeit auf Dritte	jederzeit	jederzeit	jederzeit	jederzeit	jederzeit auf Erwerbsberechtigte, bei Lastschriftwerb im Direktverkauf Bundeswertpapierverwaltung erst ab sieben Wochen nach Erwerb	
Verkaufstellen	Kreditinstitute	Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung	Kreditinstitute	Kreditinstitute	Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung	
Lieferung	Wertrechte (Anteile an einer Sammelschuldbuchforderung oder Einzelschuldbuchforderung), keine effektiven Stücke					
Verwaltung/Verwaltungskosten und Gebühren	Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung					
- Erwerb	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Direkterwerb Bundeswertpapierverwaltung	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	gebührenfrei	gebührenfrei
- Veräußerung	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	vorzeitige Rückgabe: übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	nicht möglich
- Einlösung bei Fälligkeit	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	gebührenfrei	gebührenfrei
- Verwaltung durch	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei	Depotgebühren gebührenfrei
• Kreditinstitute						
• Bundeswertpapierverwaltung						

**Bietergruppe Bundesemissionen
Rangliste der Mitglieder¹⁾**

Rang	Mitglieder der Bietergruppe
1.	Deutsche Bank AG
2.	ABN AMRO Bank
3.	Dresdner Bank AG
4.	Morgan Stanley Bank AG
5.	Barclays Bank PLC
6.	Bayerische Landesbank
7.	Crédit Suisse First Boston (Europe) Ltd.
8.	Goldman, Sachs & Co. oHG
9.	Merrill Lynch Capital Markets Bank Limited
10.	Citigroup Global Markets Limited
11.	UBS Investment Bank
12.	BNP Paribas
13.	ING BHF-Bank AG
14.	The Royal Bank of Scotland
15.	Commerzbank AG
16.	J.P. Morgan Securities Ltd.
17.	Bankgesellschaft Berlin AG
18.	Helaba
19.	Société Générale S.A.
20.	DekaBank Deutsche Girozentrale
21.	HSBC Trinkhaus und Burkhardt KGaA
22.	West LB AG
23.	DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
24.	Deutsche Postbank AG
25.	HSH Nordbank
26.	Lehman Brothers Bankhaus AG
27.	Norddeutsche Landesbank Girozentrale
28.	Baden-Württembergische Bank AG
29.	Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG
30.	Nordea Bank A/S
31.	Landesbank Baden-Württemberg
32.	Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -
33.	SEB AG
34.	Landesbank Sachsen
35.	Nomura Bank (Deutschland) GmbH
36.	Stadtsparkasse Köln
37.	Reuschel & Co. KG
38.	SANPAOLO IMI S.p.A
39.	Hesse Newman & Co. (AG & Co.) Kommanditgesellschaft
	Crédit Agricole Indosuez
	Danske Bank
	Svenska Handelsbanken

¹⁾ Reihenfolge nach den im Jahr 2003 übernommenen gewichteten Zuteilungsbeträgen

Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen der Jahre 2000 bis 2003 (in Mio. €)³

Berichtsperiode	Bruttokreditaufnahme				Tilgung				Zinszahlung			
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
Bund	133.149	132.075	183.433	223.576⁴	125.207	152.741	156.986	186.862	38.890	38.210	37.934	37.368
davon												
Einmalemissionen	121.145	123.554	175.049	209.869	96.516	88.892	128.695	170.389	30.650	31.388	33.078	33.866
Bundesanleihen	51.476	36.249	44.400	59.752	30.166	21.474	36.302	49.595	23.298	23.668	24.864	23.871
Bundesobligationen einschl. MTN ⁵	26.413	20.025	37.928	41.855	24.363	24.431	29.732	26.966	5.519	5.374	4.993	6.050
Bundesschatz- anweisungen	24.000	36.252	44.928	43.462	22.474	21.725	24.000	36.252	1.515	1.833	2.507	3.142
Unverzinsliche Schatzanweisung	19.256	31.028	47.793	64.800	19.513	21.262	38.661	57.576	318	513	714	803
Daueremission	4.648	3.184	3.661	2.166	10.058	12.926	12.205	7.546	2.672	2.497	1.923	1.222
Bundesschatzbriefe	3.134	1.928	2.301	1.325	8.764	11.523	10.798	6.346	2.613	2.428	1.848	1.173
Finanzierungsschätze	1.514	1.257	1.360	841	1.294	1.402	1.407	1.200	59	69	75	49
Schuldenschein- darlehen	7.356	5.336	4.723	11.541	17.329	15.277	14.878	7.752	3.986	3.383	2.734	2.135
Ausgleichs- forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	42	42	42	42
Altschulden AFW⁶ und ELF⁷	0	0	0	0	1.120	35.468	1.141	1.131	1.537	897	154	100
Sonstige	0	0	0	0	184	178	67	44	3	3	3	3

³ Quelle: Bundeswertpapierverwaltung; Abweichungen durch Rundungen⁴ Dabei ist der Abbau von Eigenbeständen in Höhe von 4,4 Mrd. € nicht berücksichtigt. Unter Einbeziehung dieses Betrags ergibt sich eine Bruttokreditaufnahme von 228,0 Mrd. € (s. Tabelle 2)⁵ MTN = Medium-Term-Note-Programm⁶ AFW = Ausgleichsfonds Währungsumstellung⁷ ELF = Erblastentilgungsfonds

Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen der Jahre 2000 bis 2003 (in Mio. €)³

Berichtsperiode	Bruttokreditaufnahme				Tilgung				Zinszahlung			
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
Fonds „Deutsche Einheit“ davon	7.361	18.620	20.390⁸	10.232⁹	8.030	19.053	20.723	10.573	2.942	2.765	2.433	1.929
Bundesanleihen, Anleihen FDE	5.102	0	10.602	1.248	4.602	8.692	9.715	0	2.158	2.221	1.350	1.108
Bundesobligationen	2.134	7.500	0	0	0	0	0	0	0	16	658	478
Bundesschatz- anweisungen	0	3.748	72	4.538	0	275	0	3.748	0	11	157	160
Schuldschein- darlehen	125	7.372	9.716	4.446	3.428	10.086	11.008	6.825	784	517	268	183
Entschädigungs- fonds (EALG)^{10,*}	72	81	80	99	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgleichsfonds (LAG)	0	0	0	0	0	0	0	0	39	37	37	70
Bund und Sonder- vermögen FDE, EALG und LAG	140.582	150.776	203.903	233.821	133.237	171.794	177.709	197.449	41.817	41.012	40.404	39.367
Sondervermögen ERP	4.638	3.011	3.266	3.000	2.193	2.362	3.266	3.231	1.168	1.248	1.281	1.130

⁸ Abweichungen durch Änderungen im Eigenbestand

⁹ Abweichungen durch Änderungen im Eigenbestand

¹⁰ Keine Bruttokreditaufnahme; Zuteilung von Inhaber – Schuldverschreibungen

Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Ursprungslaufzeiten zum 31.12.2003*

Kreditmarktmittel	Schuldenstand		Rendite		Schuldenstand		Rendite		Schuldenstand		Rendite	
	Bund		FDE		ERP		Gesamt					
	Mrd. €	%	Mrd. €	%	Mrd. €	%	Mrd. €	%				
insgesamt	766,9	4,65	39,1	4,09	19,3	5,28	825,3	4,64				
davon												
unter 1 Jahr	36,6	2,04					36,6	2,04				
1 Jahr bis unter 2 Jahre	86,6	3,02					86,6	3,02				
2 Jahre bis unter 3 Jahre	3,2	3,00	4,6	2,62			7,8	2,78				
3 Jahre bis unter 4 Jahre							0,0					
4 Jahre bis unter 5 Jahre	56,5	3,75	5,5	4,33			62,0	3,80				
5 Jahre bis unter 6 Jahre	92,1	4,39	4,6	4,68	0,1	3,93	96,7	4,40				
6 Jahre bis unter 7 Jahre	8,2	4,45			0,5	5,44	8,7	4,51				
7 Jahre bis unter 8 Jahre	4,4	5,09	0,1	5,24	1,9	5,50	6,3	5,21				
8 Jahre bis unter 9 Jahre	2,1	5,46	0,6	5,45	1,7	5,49	4,5	5,47				
9 Jahre bis unter 10 Jahre	74,8	4,56	20,3	4,85	9,5	4,97	104,6	4,65				
10 Jahre bis unter 12 Jahre	307,0	5,41	3,3	4,68	5,4	5,61	315,8	5,36				
12 Jahre bis unter 15 Jahre	2,4	4,62	0,0		0,1	7,65	2,4	4,68				
15 Jahre bis unter 20 Jahre	3,4	4,76	0,0		0,1	6,91	3,6	4,83				
20 Jahre bis unter 25 Jahre	1,1	4,86	0,0		0,0		1,1	4,86				
25 Jahre bis unter 30 Jahre	0,7	4,84	0,0		0,0	7,37	0,7	5,01				
30 Jahre und länger	87,8	5,64	0,0		0,0		87,8	5,64				

* ohne Berücksichtigung der Eigenbestände; nur Kreditmarktmittel; gewogen mit dem Kapitalbetrag
Quelle: Bundeswertpapierverwaltung

Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel nach Restlaufzeiten zum 31.12.2003*

Kreditmarktmittel	Schuldenstand		Rendite		Schuldenstand		Rendite		Schuldenstand		Rendite	
	Bund		FDE		ERP		Gesamt					
	Mrd. €	%	Mrd. €	%	Mrd. €	%	Mrd. €	%	Mrd. €	%	Mrd. €	%
insgesamt	766,9	4,65	39,1	4,20	19,3	5,28	825,3	4,65				
davon												
unter 1 Jahr	144,8	3,78	0,7	3,67	1,1	6,00	146,5	3,80				
1 Jahr bis unter 2 Jahre	105,3	4,64	7,4	3,55	3,1	6,51	115,7	4,62				
2 Jahre bis unter 3 Jahre	51,7	5,50	7,5	4,39	0,8	5,61	60,0	5,36				
3 Jahre bis unter 4 Jahre	81,5	5,04			1,3	5,44	82,8	5,04				
4 Jahre bis unter 5 Jahre	80,0	4,04	2,2	5,15	2,8	5,23	85,0	3,98				
5 Jahre bis unter 6 Jahre	42,8	4,21	3,2	4,11	0,8	4,47	46,8	4,21				
6 Jahre bis unter 7 Jahre	33,7	5,39	5,8	5,27	1,2	5,33	40,7	5,37				
7 Jahre bis unter 8 Jahre	44,5	5,19	0,5	5,21	2,2	5,00	47,2	5,18				
8 Jahre bis unter 9 Jahre	38,4	4,93	10,6	4,83	3,0	5,16	52,0	4,92				
9 Jahre bis unter 10 Jahre	41,8	4,12	1,2	4,05	3,0	4,17	46,0	4,12				
10 Jahre bis unter 12 Jahre	9,0	4,27	0,0		0,0	7,40	9,0	4,29				
12 Jahre bis unter 15 Jahre	6,7	5,50	0,0		0,0	7,27	6,7	5,51				
15 Jahre bis unter 20 Jahre	2,5	4,51	0,0		0,0		2,5	4,51				
20 Jahre bis unter 25 Jahre	47,2	5,76	0,0		0,0		47,2	5,76				
25 Jahre bis unter 30 Jahre	26,5	5,75	0,0		0,0		26,5	5,75				
30 Jahre und länger	10,6	4,58	0,0		0,0		10,6	4,58				

* ohne Eigenbestände; nur Kreditmarktmittel, gewogen mit dem Kapitalbetrag

Quelle: Bundeswertpapierverwaltung

Schuldenstand in Mio. € und durchschnittliche Restlaufzeit zum Jahresende 2000 bis 2003

	2000		2001		2002		2003	
	Schuldenstand	Gewogene durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren/Monaten	Schuldenstand	Gewogene durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren/Monaten	Schuldenstand	Gewogene durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren/Monaten	Schuldenstand	Gewogene durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren/Monaten
Bund	725.453	6 J 2 M	706.170	6 J 0 M	733.724	6 J 0 M	771.509	6 J 4 M
Anleihen	424.717	8 J 6 M	441.243	8 J 4 M	462.941	8 J 5 M	477.346	9 J 0 M
Medium-Term-Notes	1.356	2 J 7 M	956	2 J 5 M	368	5 J 0 M	342	4 J 4 M
Bundobligationen	129.256	2 J 6 M	132.750	2 J 6 M	141.585	2 J 8 M	156.500	2 J 9 M
Bundesschatzbriefe	35.990	1 J 11 M	26.394	1 J 10 M	17.896	2 J 3 M	12.809	2 J 7 M
Bundesschatzanweisungen	46.000	1 J 1 M	64.000	1 J 3 M	85.000	1 J 1 M	93.000	1 J 0 M
U-Schätze	9.712	0 J 2 M	19.478	0 J 2 M	28.610	0 J 3 M	35.834	0 J 3 M
Finanzierungsschätze	1.804	0 J 9 M	1.658	0 J 8 M	1.593	0 J 8 M	1.239	0 J 8 M
Schuldscheindarlehen	54.731	3 J 8 M	44.790	3 J 5 M	34.621	3 J 2 M	38.410	5 J 3 M
Andere Finanzschulden	4.844	26 J 5 M	4.666	26 J 2 M	4.599	25 J 9 M	4.555	25 J 0 M
Mitschuld	-17.042	7 J 11 M	-29.766	5 J 9 M	-43.489	6 J 1 M	-48.527	5 J 7 M
FDE	40.208	3 J 5 M	39.775	3 J 7 M	39.441	5 J 4 M	39.099	4 J 11 M
Anleihen	18.407	0 J 9 M	9.715	0 J 1 M				
Schuldscheindarlehen	7.178	1 J 7 M	4.464	1 J 5 M	3.172	0 J 9 M	793	1 J 2 M
Mitschuld	14.623	7 J 9 M	25.596	5 J 4 M	36.269	5 J 8 M	38.307	5 J 0 M
ERP	18.845	4 J 4 M	19.493	4 J 4 M	19.493	4 J 10 M	19.261	5 J 5 M
Anleihen	5.624	1 J 11 M	5.624	0 J 11 M	3.068	0 J 4 M	0	
Schuldscheindarlehen	10.801	4 J 6 M	9.699	4 J 6 M	9.205	3 J 9 M	9.042	2 J 10 M
Mitschuld	2.419	8 J 10 M	4.171	8 J 6 M	7.220	8 J 1 M	10.220	7 J 8 M

Bemerkung: Angaben vor Abzug der Eigenbestände
Quelle: Bundeswertpapierverwaltung

Statistik der Bundesschuld

Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen

- soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet -

nach dem Stand vom 31.12.2003

Statistik der Bundesschuld

Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN

	STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
01. BUNDESREPubL.DEUTSCHLAND		
01.1. Finanzierungskredite	771.512.672.707	37.744.909.027
abzüglich Eigenbestände	13.338.638.947	-4.437.011.874
01.2. Kassenverstärkungskredite	7.244.136.934	1.236.285.396
01.4. Beitrittsverpflichtungen	2.147.990.122	72.068.144
01.5. Gewährleistungen	230.810.644.209	1.605.653.274
01. Gesamtschuld ohne Eigenbestände, Kassen- verstärkungskredite, Beitrittsverpfl. und Gewährl. (BWpV-verwaltet)	758.174.033.760	42.181.920.901 *
zuzügl von BWpV nicht verwalteter Schulden ¹⁾	2.278.770.686	-1.130.943.825
Schuld der Bundesrepublik Deutschland	760.452.804.446	41.050.977.076
Mitschuld des Bundes für den Lastenausgleichsfonds (LAG)	240.182	-36.387
Gesamtschuld der Bundesrepublik Deutschland einschl Mitschuld des Bundes für den Lastenausgleichsfonds (LAG)	760.453.044.628	41.050.940.689 *
nachrichtlich:Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	38.994.801	-3.279.052

¹⁾ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)
sowie Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe (Quelle: BMF)

Statistik der Bundesschuld

Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
04.	ERP SONDERVERMÖGEN		
04.1.	Finanzierungskredite	19.261.290.297	-231.364.690
	abzüglich Eigenbestände	0	-92.455.476
04.5.	Gewährleistungen	126.178.700	-8.609.489
	Gesamtschuld ohne Eigenbestände und Gewährleistungen	19.261.290.297	-138.909.213 *
05.	AUSGLEICHSFONDS (LAG)		
05.1.	Finanzierungskredite	240.182	-36.387
05.	Gesamtschuld	240.182	-36.387 *
06.	FONDS "DEUTSCHE EINHEIT"		
06.1.	Finanzierungskredite	39.099.342.799	-341.584.621
06.	Gesamtschuld	39.099.342.799	-341.584.621 *
nachr.	Kassenverstärkungskredite des FDE	124.018	124.018
10.	ENTSCHÄDIGUNGSFONDS		
10.1.	Finanzierungskredite	1.022.583.762	0
	davon noch nicht ausgereicht	553.287.541	-99.307.236
10.	Zwischensumme	469.296.221	99.307.236 *
	abzüglich Eigenbestände	202.317	-678.975
10.	Gesamtschuld ohne Eigenbestände	469.093.904	99.986.210 *

Statistik der Bundesschuld

Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN

	STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
NACHRICHTLICH		
11.	DEUTSCHE TELEKOM AG (Ehem Deutsche Bundespost)	
11.1.	Finanzierungskredite	11.173.645.563 -3.016.626.753
11.1.	Gesamtschuld	11.173.645.563 -3.016.626.753 *
NACHRICHTLICH ¹⁾ ZUM STICHTAG 31.12.2003 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DER SONDERVERMÖGEN		
02. BUNDESEISENBAHNVERMÖGEN		
02.1.	Finanzierungskredite	17.792.349.248 -3.661.564.554
	abzüglich Eigenbestände	0 -51.422.846
02.	Gesamtschuld ohne Eigenbestände	17.792.349.248 -3.610.141.708 *
	nachrichtlich:Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	38.994.801 -3.279.052
08. AUSGLEICHSFONDS STEINKOHLE		
08.1.	Finanzierungskredite	255.645.941 -235.194.265
08.	Gesamtschuld	255.645.941 -235.194.265 *
09. ERBLASTENTILGUNGSFONDS		
09.1.	Finanzierungskredite	32.937.336.858 -29.665.206.076
	abzüglich Eigenbestände	347.688.471 -1.287.236.033
	Gesamtschuld ohne Eigenbestände (BWpV-verwaltet)	32.589.648.387 -28.377.970.043 *
09.1.4.	zuzügl. von BWpV nicht verwalteter Schulden 2)	2.238.303.425 -1.130.942.801
09.1.	Gesamtschuld	34.827.951.812 -29.508.912.845 *

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

²⁾ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
01.	BUNDESREPUBL.DEUTSCHLAND		
01.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
01.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
01.1.1.010	Anleihen		
01.1.1.008.	zinsvariable Anleihen des Bundes	5.112.918.812	0
01.1.1.009.	30-jährige Anleihen des Bundes	86.980.766.737	10.000.000.000
01.1.1.011.	10-jährige Anleihen des Bundes	371.958.472.882	34.570.908.513
01.1.1.015.	Anleihen des Bundeseisenbahnvermögens	0	-2.556.459.407
01.1.1.014.	Anleihen der Treuhandanstalt	13.293.588.911	-27.609.761.585
01.1.1.010		477.345.747.342	14.404.687.521 *
01.1.1.021.	Bundesschatzbriefe	156.500.000.000	14.914.364.836
01.1.1.026.	Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt	342.479.431	-25.615.723
01.1.1.030.	Bundesschatzbriefe		
01.1.1.031.	Typ A	9.825.955.167	-4.466.820.817
01.1.1.032.	Typ B	2.983.094.449	-620.988.016
01.1.1.030.		12.809.049.616	-5.087.808.833 *
01.1.1.041.	Bundesschatzanweisungen	93.000.000.000	8.000.000.000
01.1.1.050.	Unverzinsliche Schatzanweisungen		
01.1.1.051.	mit einer Laufzeit bis zu 12 Monaten	35.622.281.647	7.227.486.207
01.1.1.052.	mit einer Laufzeit über 12 Monate	212.000.000	-3.000.000
01.1.1.050.		35.834.281.647	7.224.486.207 *
	Finanzierungs-Schätze		
01.1.1.057.	mit einer Laufzeit von 12 Monaten	637.093.323	-311.457.091
01.1.1.058.	mit einer Laufzeit von 24 Monaten	602.042.279	-66.879.496
		1.239.135.602	-378.336.588 *
01.1.1.070.	Schuldscheindarlehen		
01.1.1.071.	des Bundes	12.207.076.363	7.145.010.817
01.1.1.081.	des Bundeseisenbahnvermögens	13.957.365.100	-1.091.330.300
01.1.1.082.	des Ausgleichsfonds Steinkohle	102.258.376	-235.194.265
01.1.1.086	der Treuhandanstalt	204.516.752	-51.129.188
01.1.1.079	des Kreditabwicklungsfonds	76.693.782	-1.467.407.699
01.1.1.085	des Erblastentilgungsfonds	11.861.971.644	-511.291.881
01.1.1.070.		38.409.882.018	3.788.657.483

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2003	31.12.2002
01.1.1.204.	Mitschuld des ERP-Sondervermögens	-10.219.667.636	-3.000.000.000
	davon Bundesanleihen	-10.168.603.042	-3.000.000.000
	davon Bundesobligationen	-51.064.594	0
	davon Bundesschatzanweisungen	0	0
01.1.1.206.	Mitschuld des Fonds "Deutsche Einheit"	-38.306.839.003	-2.037.861.307
	davon Bundesanleihen	-23.562.927.828	-1.247.552.190
	davon Bundesobligationen	-10.134.021.194	0
	davon Bundesschatzanweisungen	-4.609.889.980	-790.309.117
01.1.1.200.	Summe Mitschuld	-48.526.506.639	-5.037.861.307 *
01.1.1.	Summe der Kreditmarktmittel	766.954.069.017	37.802.573.596 **
01.1.3.	SONDERKREDITE		
01.1.3.094.	WGS-Wohnungsbauobligationen der Deutsche Lebensversicherungs AG	31.403.547	-33.101.036
01.1.1.199.	Vertragskredite des BEV	27.137	-13.774.795
01.1.3.	Summe der Sonderkredite	31.430.684	-46.875.831 *
01.1.4.	AUSGLEICHSFORDERUNGEN U. SONSTIGE ALTSCHULDEN		
01.1.4.100.	Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank		
01.1.4.101.	Ausgleichsforderungen nach Bundesbankgesetz UEG und UG	4.144.136.334	0
01.1.4.102.	Zinsfreie Schuldverschreibung nach MILREG G Nr.67	279.762.802	0
01.1.4.111.	Ausgleichsforderungen der Banken und Sparkassen UEG	15.947.879	0
01.1.4.	Summe der Ausgleichsforderungen und sonstigen Altschulden	4.439.847.016	0 *
01.1.5.	AUSLANDSSCHULDEN NACH LONDONER SCHULDENABKOMMEN		
01.1.5.172.	Dawes - Anleihe Fundierungsausgabe	16.339.865	-3.154.940
01.1.5.174.	Young - Anleihe Fundierungsausgabe	51.832.583	-4.381.988
01.1.5.176.	Preußen - Anleihe	4.813.935	-1.202.185
01.1.5.179.	Kreuger - Anleihe	10.517.656	-2.405.295
01.1.5.		83.504.039	-11.144.408 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2003	31.12.2002
01.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
01.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
01.1.1.010.			
01.1.1.011.	Anleihen des Bundes	323.392	-41.415
01.1.1.015	Anleihen des Bundeseisenbahnvermögens	267.518	-51
01.1.1.010.		590.910	-41.466 *
01.1.1.021.	Bundessobligationen	48.624	-9.050
01.1.1.030.	Bundesschatzbriefe		
01.1.1.031.	Typ A	727.448	89.016
01.1.1.032.	Typ B	351.809	116.257
01.1.1.030.		1.079.258	205.273 *
01.1.1.041.	Bundesschatzanweisungen	0	0
01.1.1.050.	Finanzierungs-Schätze		
01.1.1.057.	mit einer Laufzeit von 12 Monaten	303.070	250.823
01.1.1.058.	mit einer Laufzeit von 24 Monaten	37.668	296
01.1.1.050.		340.737	251.119 *
01.1.1.		2.059.529	405.876 *
01.1.4.	AUSGLEICHSFORDERUNGEN U. SONSTIGE ALTSCHULDEN		
01.1.4.160.	Ablösungs- und Entschädigungsschuld		
01.1.4.161.	Ablösungsschuld	121.578	0
01.1.4.163	Ablösungsschuld des BEV	384	0
01.1.4.162.	Entschädigungsschuld	88.725	0
01.1.4.		210.686	0 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
01.1.5.	RÜCKSTÄNDE BEI AUSLANDSSCHULDEN NACH DEM LONDONER SCHULDENABKOMMEN		
01.1.5.170.	Bereinigte Auslandsschulden d. Reichs, Preußen, Koka incl nicht zugeteilter und ausgeloster Verfügungsbestände		
01.1.5.171.	Dawes - Anleihe Konversionsausgabe	26.834	-5.403
01.1.5.172.	Dawes - Anleihe Fundierungsausgabe	483.030	-7.398
01.1.5.174	Young - Anleihe Fundierungsausgabe	308.482	9.942
01.1.5.175.	Anleihen der Konversionskasse	5.915	-604
01.1.5.176	Preußen - Anleihe Fundierungsausgabe	715.439	-46.027
01.1.5.179	Kreuger - Anleihe	4.592	-205
01.1.5.170.		1.544.292	-49.695 *
01.1.5.180.	Ausl. Bonds Entschädigungs-Schuld- verschreibungen und Schuldbuchforderungen		
01.1.5.181.	ABE Schuldverschreibungen 1960	1.362	-289
01.1.5.182.	ABE Schuldbuchforderungen	4.612	-222
01.1.5.183.	ABE Schuldbuchforderungen mit Kürzungsrisiko	1.468	0
01.1.5.180.		7.443	-511 *
01.1.5.		1.551.735	-50.206 *
01.1.	FINANZIERUNGSKREDITE	771.512.672.707	37.744.909.027 *
	ABZGL. EIGENBESTÄNDE	13.338.638.947	-4.437.011.874
01.1.	<u>GESAMTSCHULD DER FINANZ.-KREDITE</u> (BWpV-VERWALTET)	758.174.033.760	42.181.920.901 **

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
	zuzüglich von der BWpV nicht verwaltete Schulden:		
01.1.4.195	Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe (Quelle: BMF)	40.467.261	-1.024
01.1.4.250	Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der THA (Quelle: BMF)		
	Ausgleichsforderungen nach §24 DM-Bilanzgesetz	2.645.984	0
	Schuldbuchford. aus der Übertragung von Grundverm.	19.106	-8.002
	Verb. aus der Altguthaben-Ablösungsanleihe	1.560.221	-9.751
	Verb. aus der Zut. von Ausgleichsford. g.d. AF Währungsumstellung	2.268.109.862	-1.134.067.477
	Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten	-34.031.748	3.142.429
01.1.4.250		2.238.303.425	-1.130.942.801
01.1.	<u>GESAMTSCHULD DER FINANZ.-KREDITE</u>	760.452.804.446	41.050.977.076 ***
01.2.	<u>KASSENVERSTÄRK. KREDITE</u>		
01.2.0.192.	Kassenverstärkungskredite am Geldmarkt	4.937.559.742	1.211.587.931
01.2.0.193	Kassenverstärkungskredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	2.306.577.192	24.697.466
01.2.		7.244.136.934	1.236.285.396 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
01.4.	<u>BEITRITTSVERPFLICHTUNGEN</u>		
01.4.0.076.	Beteiligungs-Schuldscheine	2.147.990.122	72.068.144
01.4.		2.147.990.122	72.068.144 *
01.5.	<u>GEWÄHRLEISTUNGEN</u>		
01.5.7.	GEWÄHRLEISTUNGEN NACH DEM HAUSHALTSGESETZ		
01.5.7.341.	Gewährleistungen für Ausfuhren	102.898.086.076	-104.377.748
01.5.7.351.	Kapitalanlagen, ungeb. Finanzkredite und EIB	27.919.460.472	159.491.486
01.5.7.352	FZ-Verbundfinanzierungen	793.948.830	36.728.358
01.5.7.361.	Gewährleistungen für Bevorratung auf dem Ernährungsgebiet	6.650.000.000	514.497.426
01.5.7.381.	Gewährleistungen zug. der Innenwirtschaft	50.726.638.889	1.001.990.245
01.5.7.411.	Gewährleistungen in Form von Haftungskapital für Internationale Finanz. Institute	40.255.481.232	0
01.5.7.421.	Gewährleistungen für die Treuhandanstalt- nachfolgeorganisationen (§14 HG 1995)	1.374.935.910	0
01.5.7.		230.618.551.408	1.608.329.767 *
01.5.8.	GEWÄHRLEISTUNGEN NACH SONDERGESETZEN		
01.5.8.301.	Gewährleistungen zu Gunsten des Ausgleichsfonds	0	0
01.5.8.321.	Garantie für Berliner Anleihe von 1958	1.023	0
01.5.8.331	Gewährleistungen des BEV	192.091.778	-2.676.493
01.5.8.		192.092.801	-2.676.493 *
01.5.		230.810.644.209	1.605.653.274 *
nachrichtlich:			
01.6.3.198.	Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	38.994.801	-3.279.052

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
04.	ERP SONDERVERMÖGEN		
04.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
04.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
04.1.1.017.	Anleihen des ERP-Sondervermögens	0	-3.067.751.288
04.1.1.070.	Schuldscheindarlehen		
04.1.1.073.	für allg. Aufgaben des ERP-Sondervermögens	3.294.701.917	-61.355.026
04.1.1.074.	für "DDR-Programm"	5.746.920.745	-102.258.376
04.1.1.070.		9.041.622.662	-163.613.402 *
04.1.1.204.	Mitschuld des ERP-Sondervermögens	10.219.667.636	3.000.000.000
	davon Bundesanleihen	10.168.603.042	3.000.000.000
	davon Bundesobligationen	51.064.594	0
	davon Bundesschatzanweisungen	0	0
04.1.		19.261.290.297	-231.364.690 *
	ABZGL. EIGENBESTÄNDE	0	-92.455.476
	GESAMTSCHULD	19.261.290.297	-138.909.213 **
04.5.	GEWÄHRLEISTUNGEN		
04.5.8.	GEWÄHRLEISTUNGEN NACH SONDERGESETZEN		
04.5.8.311.	Gewährleistungen zu Gunsten der Deutschen Wirtschaft durch ERP	0	-4.328.550
04.5.8.491.	Gewährleistungen nach dem ERP Wirtschaftsplangesetz	126.178.700	-4.280.939
04.5.		126.178.700	-8.609.489 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
05.	AUSGLEICHSFONDS (LAG)		
05.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
05.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
05.1.1.071.	Schuldscheindarlehen	233.331	-33.269
05.1.1.		233.331	-33.269 *
05.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
05.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
05.1.1.010.	Anleihen		
05.1.1.011.	Anleihen	1.636	0
05.1.1.012.	LAB-Anleihen (Erfüllungsübernahme durch den Bund)	5.215	-3.119
05.1.1.		6.851	-3.119 *
05.	GESAMTSCHULD	240.182	-36.387 **

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
06.	FONDS "DEUTSCHE EINHEIT"		
06.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
06.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
06.1.1.013.	Anleihen des Fonds "Deutsche Einheit"	0	0
06.1.1.077.	Schuldscheindarl. des Fonds "Deutsche Einheit"	792.502.416	-2.379.445.928 *
06.1.1.206.	Mitschuld des Fonds "Deutsche Einheit"	38.306.839.003	2.037.861.307
	davon Bundesanleihen	23.562.927.828	1.247.552.190
	davon Bundesobligationen	10.134.021.194	0
	davon Bundesschatzanweisungen	4.609.889.980	790.309.117
06.1.	Summe Kreditmarktmittel	39.099.341.419	-341.584.621 *
	RÜCKSTÄNDE	1.380	0
06.	GESAMTSCHULD	39.099.342.799	-341.584.621 **
nachrichtl.	Kassenverstärkungskredite	124.018	124.018

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
10.	ENTSCHÄDIGUNGSFONDS		
10.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>	1.022.583.762	0
	davon noch nicht ausgereicht	553.287.541	-99.307.236
10.	ZWISCHENSUMME	469.296.221	99.307.236 *
	ABZGL. EIGENBESTÄNDE	202.317	-678.975
10.	GESAMTSCHULD	469.093.904	99.986.210 *

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
11.	NACHRICHTLICH DEUTSCHE TELEKOM AG (EHM. DEUTSCHE BUNDESPOST)		
11.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
11.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
11.1.1.011.	Anleihen	9.203.253.866	-2.556.459.407
11.1.1.026	Medium-Term-Notes	281.210.535	0
11.1.1.041.	Postschatzanweisungen	237.266.119	0
11.1.1.072.	Schuldscheindarl. der Deutschen Bundespost	1.451.677.958	-460.162.693 *
11.1.1.		11.173.408.477	-3.016.622.100 *
11.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
11.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
11.1.1.011.	Anleihen	237.086	-4.653
11.1.	GESAMTSCHULD	11.173.645.563	-3.016.626.753 **

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
02.	NACHRICHTLICH: ZUM STICHTAG 31.12.2003 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DES BUNDESEISENBAHNVERMÖGENS ¹⁾		
02.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
02.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
02.1.1.011.	Anleihen	0	-2.556.459.407
02.1.1.071.	Schuldscheindarlehen	13.957.365.100	-1.091.330.300
02.1.1.202.	Mitschuld des Bundeseisenbahnvermögens (bis zum 31.12.1998)	3.834.689.109	0
02.1.1.		17.792.054.210	-3.647.789.708 *
02.1.3.	SONDERKREDITE		
02.1.3.199.	Vertragskredite des BEV	27.137	-13.774.795
02.1.	<u>RÜCKSTÄNDE</u>		
02.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
02.1.1.011.	Anleihen	267.518	-51
02.1.1.		267.518	-51 *
02.1.4.	AUSGLEICHSFORDERUNGEN U. SONSTIGE ALTSCHULDEN		
02.1.4.163.	Ablösungsschuld	384	0
02.		17.792.349.248	-3.661.564.554 *
	ABZGL. EIGENBESTAND	0	-51.422.846
	GESAMTSCHULD	17.792.349.248	-3.610.141.708
nachrichtlich:			
02.6.3.198.	Vertragskredite der ehem. DB, deren Zahlungen schon geleistet sind.	38.994.801	-3.279.052

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
	NACHRICHTLICH: ZUM STICHTAG 31.12.2003 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DES AUSGLEICHSFONDS STEINKOHLE ¹⁾		
08.			
08.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
08.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
08.1.1.071.	Schuldscheindarlehen	102.258.376	-235.194.265
08.1.1.208	Mitschuld des Ausgleichsfonds Steinkohle (bis zum 31.12.1998)	153.387.564	0
08.	GESAMTSCHULD	255.645.941	-235.194.265 *

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

Statistik der Bundesschuld
Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

		STAND (EUR)	ÄND.GGÜB.
		31.12.2003	31.12.2002
NACHRICHTLICH:			
ZUM STICHTAG 31.12.2003 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DES			
09.	ERBLASTENTILGUNGSFONDS ¹⁾		
09.1.	<u>FINANZIERUNGSKREDITE</u>		
09.1.1.	KREDITMARKTMITTEL		
09.1.1.014.	Anleihen der Treuhandanstalt	13.293.588.911	-27.609.761.585
09.1.1.026.	Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt	342.479.431	-25.615.723
09.1.1.070.	Schuldscheindarlehen		
09.1.1.071.	der Treuhandanstalt	204.516.752	-51.129.188
09.1.1.079.	des Kreditabwicklungsfonds	76.693.782	-1.467.407.699
09.1.1.085.	des Erblastentilgungsfonds	11.861.971.644	-511.291.881
09.1.1.070.		12.143.182.179	-2.029.828.768 *
09.1.1.209.	Mitschuld des Erblastentilgungsfonds (bis zum 31.12.1998)	7.158.086.337	0
09.1.1.		32.937.336.858	-29.665.206.076 *
	ABZGL. EIGENBESTAND	347.688.471	-1.287.236.033
	GESAMTSCHULD (BWpV-VERWALTET)	32.589.648.387	-28.377.970.043 **
09.1.4.250	von der BWpV nicht verwaltete Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden ²⁾	2.238.303.425	-1.130.942.801
09.1.	GESAMTSCHULD	34.827.951.812	-29.508.912.845 **

¹⁾ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999

²⁾ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)

Statistik der Bundesschuld

Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen
-soweit von der Bundeswertpapierverwaltung verwaltet-
nach dem Stand vom 31.12.2003

C: EIGENBESTÄNDE

	STAND (EUR) 31.12.2003	ÄND.GGÜB. 31.12.2002
01. BUNDESREPUBL.DEUTSCHLAND		
01.1.1.008. zinsvariable Anleihen des Bundes	56.226.880	15.463.551
01.1.1.009. 30-jährige Anleihen des Bundes	2.188.944.493	322.094.498
01.1.1.011. 10-jährige Anleihen des Bundes	4.827.805.359	-2.472.505.995
01.1.1.021. Bundesobligationen	2.884.391.136	-1.032.672.666
01.1.1.041. Bundesschatzanweisungen	1.194.556.399	-1.769.758.594
01.1.1.051. Unverzinsl. Schatzanweisungen	1.839.026.210	1.839.026.210
01.1.1.015. Anleihen des BEV	0	-51.422.846
01.1.1.014. Anleihen der THA	347.688.471	-1.287.236.033
01.	13.338.638.947	-4.437.011.874 *
04. ERP SONDERVERMÖGEN		
04.1.1.017. Anleihen des ERP-Sondervermögens	0	-92.455.476
04.	0	-92.455.476 *
10. ENTSCHÄDIGUNGSFONDS		
10.1.1.18 noch nicht ausgereichte Entschädigungs- schuldverschreibungen	553.287.541	-99.307.236
Eigenbestände (Marktpflege)	202.317	-678.975
10.	553.489.858	-99.986.210 *

**Veränderung der Schuldenstände insgesamt und davon nach Bund und Sondervermögen
in den Jahren 1999 bis 2003
(in Mio. €)**

Jahr	Finanzierungskredite		Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	nachrichtlich: Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende		nachrichtlich: Schuldenstand insgesamt am Jahresende	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände						
1990	50.286	106.151	367.055	0			367.055	
1991	67.260	111.241	411.036	0			411.036	43.981
1992	60.309	100.144	450.871	2226			453.097	42.061
1993	49.831	106.856	507.896	0			507.896	54.799
1994	70.093	100.657	538.461	151			538.612	30.716
1995	180.471	299.071	657.060	1302			658.362	119.750
1996	104.974	140.848	692.934	4544			697.478	39.116
1997	140.205	170.683	723.411	7239			730.650	33.172
1998	144.212	164.279	743.478	6321			749.799	19.150
1999	334.593	355.651	764.536	6489			771.025	21.226
2000	135.429	144.750	773.857	937			774.793	3.768
2001	174.156	156.674	756.374	3858			760.232	-14.561
2002	180.976	203.209	778.607	6007			784.614	24.382
2003	200.680	241.354	819.281	7368			826.649	42.035

Anhang 7.8

Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Finanzierungskredite		Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	nachrichtlich: Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	nachrichtlich: Schuldenstand insgesamt am Jahresende	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr					
1990	40.195	66.603	66.603	277.162	0	277.162	
1991	46.901	69.319	69.319	299.580	0	299.580	22.418
1992	42.706	53.298	53.298	310.172	2226	312.398	12.818
1993	35.868	76.025	76.025	350.330	0	350.330	37.931
1994	47.052	60.964	60.964	364.242	0	364.242	13.912
1995	64.787	86.184	86.184	385.638	1279	386.917	22.676
1996	57.841	98.184	98.184	425.982	3400	429.382	42.464
1997	95.063	128.726	128.726	459.645	3385	463.030	33.648
1998	92.189	120.495	120.495	487.950	1818	489.768	26.739
1999	128.323	348.646	348.646	708.273	5755	714.028	224.259
2000	125.207	132.520	132.520	715.586	192	715.778	1.750
2001	152.741	134.445	134.445	697.290	3858	701.148	-14.630
2002	156.986	179.093	179.093	719.397	6007	725.404	24.256
2003	186.875	227.930	227.930	760.451	7244	767.695	42.291

Fonds Deutsche Einheit

Jahr	Finanzierungskredite		Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. ohne Eigenbestände	nachrichtlich: Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	nachrichtlich: Schuldenstand insgesamt am Jahresende	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr					
1990	0	10.123	10.123	10.120	0	10.120	
1991	1.849	17.540	17.540	25.811	0	25.811	15.691
1992	888	13.102	13.102	38.025	0	38.025	12.214
1993	1.052	7.854	7.854	44.828	0	44.828	6.803
1994	2.642	3.566	3.566	45.752	151	45.903	924
1995	6.643	5.447	5.447	44.557	23	44.580	-1.195
1996	11.001	9.161	9.161	42.717	449	43.166	-1.840
1997	4.888	2.902	2.902	40.731	727	41.458	-1.986
1998	4.425	4.224	4.224	40.530	665	41.196	-201
1999	7.181	6.753	6.753	40.103	734	40.837	-428
2000	8.030	7.608	7.608	39.681	745	40.425	-422
2001	19.053	19.011	19.011	39.638	0	39.638	-43
2002	20.723	20.526	20.526	39.441	0	39.441	-197
2003	10.573	10.232	10.232	39.100	124	39.224	-342

Anhang 7.8

ERP Sondervermögen

Jahr	Finanzierungskredite		Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. Ohne Eigenbestände	nachrichtlich: Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	nachrichtlich: Schuldenstand insgesamt am Jahresende	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr					
1990		507	1.801	4.747	0	4.747	
1991		484	4.081	8.344	0	8.344	3.596
1992		608	4.681	12.416	0	12.416	4.072
1993		483	2.517	14.450	0	14.450	2.034
1994		614	501	14.338	0	14.338	-112
1995		948	4.096	17.486	0	17.486	3.148
1996		1.380	1.347	17.453	0	17.453	-33
1997		739	491	17.205	0	17.205	-248
1998		1.536	1.797	17.465	0	17.465	260
1999		1.630	193	16.028	0	16.028	-1.437
2000		2.193	4.551	18.386	0	18.386	2.358
2001		2.362	3.137	19.161	0	19.161	775
2002		3.266	3.505	19.400	0	19.400	239
2003		3.231	3.092	19.261	0	19.261	-139

Entschädigungsfonds

Jahr	Finanzierungskredite		Kreditaufnahmen im Jahr	Schuldenstand der Finanzierungskredite per 31.12. Ohne Eigenbestände	nachrichtlich: Schuldenstand der Kassenverstärkungskredite am Jahresende	nachrichtlich: Schuldenstand insgesamt am Jahresende	Veränderung des Schuldenstandes
	Tilgungen im Jahr	Kreditaufnahmen im Jahr					
1990		0	0	0	0	0	0
1991		0	0	0	0	0	0
1992		0	0	0	0	0	0
1993		0	0	0	0	0	0
1994		0	0	0	0	0	0
1995		0	0	0	0	0	0
1996		0	5	5	0	5	5
1997		0	23	28	0	28	23
1998		0	45	73	0	73	45
1999		0	59	132	0	132	59
2000		0	72	204	0	204	72
2001		0	81	285	0	285	81
2002		0	84	369	0	369	84
2003		0	100	469	0	469	100

**Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2003 zweckgebunden zur Schuldentilgung
verwendeten Einnahmen sowie die Schuldenübernahme durch die Telekom
(in Mio. €)**

Jahr	Insgesamt nicht anschlussfinanzierte Tilgungen	Einnahmen zur Tilgung von Schulden aus		Übernahme von Schulden durch die Telekom
		Bundesbankmehrgewinn und Sonstiges	UMTS-Erlösen	
1990	1.515	1.515	0	0
1991	647	647	0	0
1992	3.816	3.816	0	0
1993	3.115	3.115	0	0
1994	5.755	5.755	0	0
1995	64.156	1.655	0	62.501
1996	1.696	1.696	0	0
1997	934	934	0	0
1998	8.801	8.801	0	0
1999	11.213	11.213	0	0
2000	18.209	467	17.742	0
2001	37.981	4.917	33.064	0
2002	7.881	7.881	0	0
2003	2.080	2.080	0	0
	Insgesamt 1990 bis 2003	167.799	54.492	50.806
				62.501

HERAUSGEBER:
Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

REDAKTION:
Bundesministerium der Finanzen
Haushaltsabteilung, Referat II A 6

Berlin, Januar 2005

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.